

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

59 (11.3.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger 5.- M. einchl. 80 A. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle auf in 100 A. durch die Post bezogen 4 50 - ohne Ausgabe- u. Postgebühren monatlich Einzelerg. 25 A. Ausgabe: Bestellspreis wochentags Geschäftsstelle 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmestellen: Geschäftsstelle Nr. 128. Redaktion Nr. 491. Anzeigen: Die 14 tägige Anzeigenliste 1.- M. Die Restanzeigen 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmestellen: Geschäftsstelle Nr. 128. Redaktion Nr. 491. Anzeigen: Die 14 tägige Anzeigenliste 1.- M. Die Restanzeigen 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmestellen: Geschäftsstelle Nr. 128. Redaktion Nr. 491.

Billigung der Haltung Simons durch das Reichskabinett

Berlin, 10. März. (Amflich.) Unter dem Vorherrsche des Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Sitzung des Kabinetts statt, in der der Minister des Auswärtigen über die Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Aufgrund dieses Berichtes und der eingehenden Aufklärungen, die sich in der ausführlichen Aussprache ergaben, brachte das Kabinett einen Beschluß, der die Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und mit seiner Haltung in London sich einverstanden erklärt, ein. Der Reichspräsident schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsministers und der Delegation.

Wir können aufgrund privater Mitteilungen hinzufügen, daß die Mitglieder des Kabinetts entschlossen sind, mit Dr. Simons zu stehen oder zu fallen. Wie sich bereits ergeben hat, ist die Stimmung innerhalb der deutschen Volkspartei gebrochen, da ein Teil der Volksparteiler sich scharf gegen Simons und seine Haltung in London wendet. Dieser Teil wird von Stinnes und den großindustriellen Zeitungsredaktoren geführt. Komplikationen sind infolge der Uneinigkeit unter den Volksparteilern nicht ausgeschlossen.

Berlin, 10. März. In einer Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der der Reichskanzler Lehmann und zahlreiche Minister beizuhören, erstattete Minister Dr. Simons ausführlichen Bericht über seine Mission auf der Londoner Konferenz. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

Die Plenarsitzung des Reichstages wird auf Samstag verschoben werden, um den Fraktionen Zeit zu geben, aufgrund des Berichtes des Ministers im auswärtigen Ausschuss ihre Stellungnahme vorzubereiten. Inzwischen sind auch unser Parteiführer Dr. Wamer und der Londoner Parteiführer Dr. Stamer sowie der Brüsseler Gesandte Dr. Landsberg in Berlin eingetroffen, die von der Reichsregierung zu den Beratungen über die weiteren Maßnahmen herbeigeführt worden sind.

Ueber die Beratungen im auswärtigen Ausschuss des Reichstages bringt die „Postliche Zeitung“ Nachrichten, die, wie in der Regel bei derartige Vorfälle, mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen.

Dr. Simons hat in kurzen Umrissen seine Haltung gegenüber den Kritikern, die von Vertretern aller Parteien geübt wurde, verteidigt. Die scharfsten Angriffe scheinen von dem Sprecher der Deutschnationalen, Dr. Helfferich, ausgegangen zu sein, der vornehmlich das fünfjährige Provisorium unter Zugrundelegung der Pariser Beschlüsse in der Montagfassung der Londoner Konferenz dem Außenminister zum Vorwurf machte. Dr. Simons räumte ein, daß er mit diesem Vorschlag die Grenze seiner Vollmachten überschritten habe und ebenso die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit, begründete seine Haltung aber mit der Situation, in der die deutsche Delegation sich befunden habe und dem Wunsch, doch äußerste zu tun, um Bruch und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Am Schluß konnte der Minister Dr. Simons darauf aufmerksam machen, daß die Berichte aus London sehr lüdenhaft gewesen seien und eine mildernde Auffassung ergeugt hätten. An der Form des ersten deutschen Vorschlags übten vornehmlich die Demokraten und Sozialdemokraten Kritik, die Sozialdemokraten übten auch an der Art des Empfanges der deutschen Delegation bei ihrer Ankunft in Berlin.

Die Beratungen des Ausschusses sind in der neunten Abendstunde abgebrochen worden und werden heute vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden.

In der Erweiterung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages über die Berichte des Außenministers Dr. Simons hat dieser zu den einzelnen Punkten ausgiebige Stellung genommen. Von der Art der Anträge im einzelnen ergab sich im wesentlichen eine Hebererkenntnis darüber, daß die deutsche Delegation ihrer Aufgabe vollständig gerecht geworden ist. Ueber das Definitivum der Delegation läßt sich im allgemeinen noch nichts sagen. Gestimmt ist, daß Dr. Simons danach auch noch vor dem auswärtigen Ausschuss des Reichstages sprechen soll.

Lloyd George, Briand und die Annullierung des besetzten Gebietes

Meinungsverschiedenheit und Verstimmungen am dritten Tage der Sanctionen

Die folgenden Meldungen aus Paris und London dürften untrüben mit Interesse aufgenommen werden. Sie lassen erkennen, daß die Durchführung der Gewaltakte gegen Deutschland nicht ohne Schwierigkeiten sich ermöglichen läßt. Und wir sind dessen sicher, es werden sich recht bald noch weitere Schwierigkeiten und Differenzen einstellen. Die Meldungen lauten:

Paris, 10. März. Wie Bertinax mitteilt, haben die gestrigen Verhandlungen in London ergeben, daß weder Belgien, noch Italien, noch Japan die ernstlichen Absichten haben, die Maßnahmen hinsichtlich eines Teils des Reichsgebietes der deutschen Einfuhrwaren durchzuführen. Die Belgier hätten auf ihren Transferteile hingewiesen, der für den Fall von Antwerpen notwendig sei. Inzwischen sei beschlossen worden, hinsichtlich der Ausführung dieser Maßnahmen eine weitgehende Auslegung zuzulassen. Es wurde ferner bestimmt,

daß jedes Land den Ertrag dieser Steuer für sich erhalten soll. Endlich ist beschlossen worden, daß die jetzt besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in die Rheingolddarlehenszone einbezogen sind. Diese Zollgrenze soll vorläufig, sobald die Truppen aus Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zurückgezogen werden.

Nach Telegrammen aus London veröffentlicht Reuters eine Note, in der besonders hervorgehoben wird, daß Lloyd George auf gewisse Kommentare der französischen Presse hingewiesen habe, und in denen gesagt wird, die Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein könne als Anfang, wenn nicht der Annullierung des Rheinlandes, jedoch als eine ernste Trennung zwischen dem besetzten und unbesetzten deutschen Gebiet aufgefaßt werden. Aus diesem Grunde scheint es, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs die letzten Entscheidungen der Londoner Konferenz als einen Erfolg der separatistischen Tendenzen aufzufassen. Lloyd George habe ferner gesagt, obwohl er großes Vertrauen zu Briand habe, und auch Vertrauen zu seinen Vertrauensleuten, obwohl er auch Versicherungen von Clemenceau und Wülfers habe, müsse er doch eine neue und endgültige Versicherung der französischen Präsidenten erhalten, daß Frankreich weder eine Annexion noch eine Autonomie der Rheinlande ins Auge fasse. Briand habe formell erklärt, daß unter den verantwortlichen französischen Staatsmännern kein derzeitiger Gedanke herrsche, und er habe hinzugefügt, es gebe von 100 Franzosen nicht 50, die von derartiger Meinung seien. Lloyd George habe in seiner Antwort gesagt, er sei sehr glücklich über diese Versicherung.

Paris, 10. März. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus London meldet, ist Lloyd George und mit ihm die öffentliche Meinung Englands in der unangenehmsten Weise berührt von den Artikeln, die in französischen Blättern erschienen sind und die die fünfjährige Annexion des linken Rheinufers als eine der Ziele der französischen Politik bezeichnen. Die Antwort Briands habe dargestellt, die französische Politik zielt nur auf die Ausführung der Verträge und nicht auf eine Annexion hin. Weiter habe Ministerpräsident Briand erklärt, er hoffe, daß man nicht nur Deutschland zwingen werde, das Abkommen von Paris zu unterschreiben, sondern daß die Straßensituation so lange bestehen bleiben würde, bis durch ein befriedigendes Abkommen nicht nur die Ausführung der Reparationen, sondern auch die Entlastung und die Befreiung der Kriegsschuldigen sichergestellt wird.

Die wirtschaftlichen Sanctionen treten sofort in Kraft

Jede Untertanregierung erhält freie Hand

Paris, 10. März. (Telephon.) Die Londoner Konferenz der Alliierten, die gestern tagte, hat nunmehr die Frage der wirtschaftlichen Sanctionen geregelt. Sie treten sofort in Kraft, aber nicht, ohne daß der französische Ministerpräsident eine feierliche Erklärung darüber abgegeben hätte, daß Frankreich nicht an Annexionen an Rhein denkt. Es verbandt sich den Kritikern der französischen öffentlichen Presse, die Lloyd George und die öffentliche Meinung in England in Harnisch gebracht haben. Die Regelung der wirtschaftlichen Sanctionen ist dahin erfolgt, daß über die Anwendung der Beschlagnahme eines Teils des deutschen Handelsvermögens in den alliierten Ländern zustande gekommen ist. Man hatte zuerst von 50 Proz. gesprochen, nunmehr ist es jedoch alliierten Macht freigestellt, die Höhe selbst zu bestimmen. Italien, Japan und Japan zeigen keinerlei Neigung für diese Abgabe, auch Frankreich wird wohl kaum zu einer Beschlagnahme von 50 Proz. gehen. Mit dieser Tage hängen zahlreiche Probleme zusammen und müssen geregelt werden. Es wurde zudem bestimmt, daß eine Ware, die im Holzlande von Deutschland nach der Schweiz befördert werden, um in der Schweiz industriell verarbeitet zu werden, nachher in den alliierten Ländern als deutsche Ware anzusehen ist, wenn der in der Schweiz erzielte Mehrwert weniger als 35 Proz. ihres Gesamtwertes beträgt. Was die Verteilung der von den einzelnen Staaten erhobenen Zölle auf das gemeinsame Konto anlangt, so bleibt man vorläufig bei dem Abkommen von Spaan, das bestimmt, daß bis zum 1. Mai jeder Staat für sich behalten soll, was er von Deutschland erhalten hat. Die zweite wirtschaftliche Sanction, die Beschlagnahme der deutschen Balle am Rhein und die Errichtung einer Zollgrenze auf dem Rhein, tritt ebenfalls sofort in Kraft. Der alliierte Oberkommissar Tirard hat diesbezügliche Instruktionen erhalten. Es wurde auch beschlossen, daß sowohl die wirtschaftlichen wie auch die militärischen Sanctionen so lange angeordnet werden, als mit Deutschland keine befriedigende Abmachung nicht nur über die Reparationen, sondern auch über die Entlastung und Befreiung der Kriegsschuldigen getroffen ist.

Ein weiterer Mißgriff in Berlin

Gefährliche Nervosität in der Reichshauptstadt

Berlin, 10. März. In der gestrigen Nacht wurden infolge eines beharrlichen Mißverständnisses verschiedene Mitglieder der internationalen Gewerkschaftskommission auf der Rückfahrt von Oberhausen auf einem hiesigen Bahnhof durch einen Beamten des Eisenbahnbetriebsdienstes festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Dies wurde der Presse mitgeteilt. Die Inhaftierten wurden unverzüglich entlassen und durch zur Verfügung gestellte Kraftwagen in ihre Heimorte befördert.

An leider so vielen Anlässen in Berlin herrscht eine Nervosität, die schon zu direkt lächerlichen und gemeinschädlichen Handlungen geführt hat. Berliner Regierungsausschüsse haben in den letzten Tagen in ihrer durch vollstetige Unfähigkeit erzeugten Nervosität schon allerlei Unfug angerichtet. Es ist höchste Zeit, daß man an der Spree sich etwas beruhigt, statt Mißgriff auf Mißgriff zu begehen.

Was weiter?

Die Franzosen haben den Abbruch der Londoner Verhandlungen erzwungen. Die französische Bourgeoisie hat sich einreden lassen, daß der „Boche“ alles bezahlen wird, und da der „Boche“ nun nicht alles bezahlen kann, ist jede französische Regierung die Befangene der eigenen nationalstaatlichen Liebe. Wenn Briand nicht die volle Milliardenzahl beibrachte, wurde er gestürzt und Poincare trat an seine Stelle. So bestand er auf seinen Schein, und da die Deutschen nichts verdorben wollten, was sie schon beim ersten Zahlungstermin nicht leisten konnten, rettete er wenigstens die Illusion, daß unter dem Druck der Sanctionen mehr aus Deutschland herauszuholen wäre. Die anderen Alliierten waren des Widerstandes gegen das Drängen zum militärischen Einmarsch müde. Es lohnt ihnen wohl nicht, es Deutschland zu Liebe auf eine starke Verstärkung Frankreichs ankommen zu lassen. Die französischen Truppen konnten schließlich in jedem Falle marschieren, auch wenn Engländer und Italiener nicht wollten, und so hat Lloyd Georges lieber mitgemacht, was er ohnedies nicht verhindern konnte als sich abseits gestellt.

Wahrscheinlich hätte diese Sachlage unter allen Umständen in London zum Bruch geführt. Seest in Feldgrau hat Deutschlands Lage nicht verbessert, wie überhaupt die eingetretene Katastrophe von der Politik der bürgerlichen Reichsregierung, der Duldsamkeit gegen die bayerischen Einwohnerwehren und der Fiskalanleihe unter die Gebote von Stinnes nicht zu trennen ist. Aber trotz alledem: die ehrlichste demokratische Regierung mit reiner Friedensliebe und der geschickteste Unterhändler wären von den Alliierten auch mißhandelt worden, und wahrscheinlich hätte niemand eine Verständigung zustande bringen können, welche sowohl den französischen Illusionen wie der deutschen Leistungsfähigkeit gerecht wurde.

Was soll nun weiter geschehen? Die nationalstaatliche Presse scheint überzeugt zu sein, daß man sich eine solche Frage gar nicht vorlegen dürfe. Sie erinnert an den alten Spruch:

Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andere: Was ist recht?
Und also unterscheidet sich
Der Freie von dem Anecht.

Ganz schön und gut! Aber leider ist Deutschland gegenwärtig nicht frei, sondern vernechtet. So ist das seit Erschaffung der Welt allen Völkern ergangen, die einen großen Krieg verloren haben. Früher mochte die Sklaverei brutale Formen haben, im Wesen der Sache hat sich nicht viel geändert. Höchstens daß ein ganzes Jüder Heuschreck hinzugekommen ist. Denn selbstverständlich beutet der siegreiche Engländer den besiegten Deutschen nicht aus, er läßt ihn nicht einmal die Kosten zahlen, er sorgt nur dafür, daß dieser besiegte Kriegsanstifter und Missetäter nicht besser lebt als der arme überallene Engländer, der für die Freiheit der Welt sein Leben und seine Ruhe heldenhaft in die Schanze geschlagen hat. Wahrscheinlich glauben manche Engländer ihrem Lloyd Georges und sind sehr überzeugt, daß aus ihnen die Stimme Gottes spricht, wenn sie schreien: Die Deutschen sollen zahlen!

Der verständige Politiker kann sich jedenfalls der Frage nicht entziehen, wie diese Aktion weiter gehen soll. Alle Maßnahmen bedeuten eine schwere Bedrückung Deutschlands. Das ganze System ähnelt in erheblichem Umfang der von unseren Feinden während des Krieges so teuflisch geschickt organisierten Hungerblockade. Die deutsche Schuld wird infolge der neuen Militärausgaben der Entente immer größer, mit Zins und Zinseszins immer unerschwinglicher werden. Die Lage der breiten Volksmassen in Deutschland wird sich unabweisbar in kurzer Frist noch ungünstiger gestalten, als sie schon ohnedies war. Vielleicht begreift dann das deutsche Volk, daß es nicht Verrat und nicht Internationalitätsdusel war, der die Sozialdemokratie veranlaßt hat, gegenüber den Ententendrohungen und Erpressungen immer wieder nachzugeben.

Aber auf der anderen Seite wird Deutschland um so zahlungsunfähiger, je mehr es von der Entente gequält wird. Geld besitzt Deutschland schon lange nicht mehr, um zu zahlen; auch sein Kredit ist sehr zweifelhafter Art geworden. Nur seine Arbeitskraft und seine Produktionsinstrumente hatte es sich über Krieg und Niederlage zum guten Teil hinübergerettet, und mit deren Hilfe hätte es allmählich große Zahlungen auch an die Sieger leisten können. Aber diese haben es vorgezogen, Unerfüllbares zu verlangen, und mit jedem Schritt den sie tiefer hinein ins deutsche Gebiet tun, machen sie Deutschland arbeitsunfähiger.

So kann weder für Deutschland noch für die Entente bei dem braunroten Spaziergang des Marschalls Koch irgend etwas Vernünftiges herauskommen. Die Alliierten werden ganz sicher nicht zu radikalerem Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete und zu kräftigerer Entlastung ihres Budgets gelangen. Und wenn sie selbst Deutschland unter den größten Markern irgend eine Unterdrückung abdecken, sie wären unter allen Umständen weniger wert und würde ihnen weniger tatsächliche Leistungen bringen, als Deutschland unter Anspannung seiner ganzen Kraft freiwillig herzugeben sich erboten hätte. Franzosen und Deutsche müßten wohl einmal

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

Vertical text on the right margin containing various small advertisements and notices.

diese Erfahrung machen, damit das wahnsinnige Geschrei der Deutschnationalen hier und der Chauvinisten drüben künftig aufhört.

Scharfe Verurteilung der Gewalttaten der Entente in neutralen Ländern

Die holländische Presse behauptet ohne Ausnahme den Abbruch der Londoner Verhandlungen und sieht der Zukunft sehr pessimistisch entgegen.

Das „Marineen Ombudsblad“ urteilt daß der Führer der englischen Politik vor der französischen Entschlossenheit und vor den französischen Forderungen hat weichen müssen.

Auch der „Maasbode“ ist der Ansicht, daß durch die gefallene Entscheidung eine äußerst kritische Lage für Europa heraufbeschworen werden sei.

Die Klüftungen der Gegenrevolution

Eine schwer belastende Entdeckung

Ein merkwürdiger Zufall steht uns in den Besitz der 4. Seite der Orgesch-Korrespondenz Nr. 104, deren Kenntnis sicher nicht für die sozialistische Presse bestimmt war.

Die meisten unserer Leute sind schon jetzt im Besitz von Feuerwaffen.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.

Sie versuchte es. Die Bissen blieben ihr im Halse stecken. Dann faltete sie ihre Serviette auseinander, als wollte sie das Gewebe prüfen.

und sich den Betrag beim zuständigen Bezirksbauhauptein gegen die Ablieferung der Waffe zurückzahlen zu lassen.

Ueber die Verpflegung im Augenblick des Beschlages werden folgende höchst charakteristische Ausführungen gemacht:

Verstaatlichung der englischen Bergwerke

Am Mittwoch ist der Vollzugsausschuß der englischen Bergleute zur Verbrechung der Beschlüsse der Londoner Konferenz der Arbeiter zusammengetreten.

Ein Aufruf an das republikanische Deutschland

Der kürzlich gegründete Republikanische Reichsbund erhebt einen Aufruf, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

Diesem Aufruf ist zu wehren, solange es noch Zeit ist. Nur auf republikanischer Grundlage kann der Wiederaufbau des deutschen Volkes mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden.

Dazu ist eine durchgreifende Aufklärungs- und Erziehungsbewegung erforderlich.

Pflege der idealen Grundtugenden und Werte republikanischer Staatsgestaltung und Förderung einer entsprechenden Kultur des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens.

In diesem Sinne rufen wir alle ehrlich zur Republik stehenden Männer und Frauen der verschiedensten Berufsstände in Stadt und Land zur Mitarbeit auf.

Der Aufruf trägt eine große Zahl von Unterschriften führender bürgerlicher und sozialdemokratischer Persönlichkeiten.

Die Vorgänge in Rußland

Aus Helsingfors wird gemeldet: Nach aufgefundenen Fundstücken hat die Sowjetregierung zu außerordentlichen Strafmaßnahmen gegriffen, um den Aufstand niederzuwerfen.

Die das „Berl. Tagbl.“ aus Stockholm meldet, scheint nach den letzten Nachrichten die Behauptung glauben zu verdienen, daß die Sowjetregierung Herrin der Lage wird.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hat das Militärkommando in Kronstadt am Dienstagabend nach 9 Uhr wieder zugehört.

Relunon bringt Nachrichten über die Vorgänge in Rußland, die, wenn sie der Wahrheit entsprächen, von einem Aufstand berichten, der der Volkswirtschaftenherbst verdammt gefährlich werden kann.

Die antilohische Gegenrevolutionäre haben die besterhaltene Stadt Pskow in Schützungsanlagen von Krassnowje Gorka, südlich von Pinnland und Isjora, das wichtige Arsenal, eingenommen.

Das ist ein Beweis, daß der andere mit dem schmerzlichen Nachdenken des Selbstbewußtseins fort.

„Das ist ein Beweis,“ fuhr der andere mit dem schmerzlichen Nachdenken des Selbstbewußtseins fort.

„Aber wie denn?“ fragte Bobart.

„Ja, das ist die Frage! That is the question! Wie ich neulich mal in einem Journal las.“

„Aber wie denn?“ fragte Bobart.

Vertical text on the right edge of the page, likely bleed-through or a continuation of text from the adjacent page.

abitantischer den Kultur zuehung des (Kulturbereichs) Staates den

tane Ausbrüche, wie zuerst geglaubt wurde. Die Ausdehnung der Rebellion verhindert die Soldatensitten, ihr entscheidend entgegenzutreten.

Die allgemeine Lage ist wie folgt: Peterburg ist in den Händen der Rebellen, die eine lokale Regierung errichtet haben. Sie versuchen fest mit Gewalt eine Verbindung mit Kronstadt herzustellen. Die Kriegsschiffe und Matrosen in Kronstadt haben eine neue Offensive gegen die Notizen begonnen, es finden schwere Kämpfe statt, bei denen die Notizen Gelände preisgeben. In Moskau haben die Revolutionäre, nachdem sie die Stadt 2 1/2 Tage in Besitz gehabt haben, eine Schlange erschossen. Sie schossen mit Granaten auf den Kremel, das jetzige rote Hauptquartier, und machten einen Sturm auf des Gelände. Die Notizen schlugen die Arbeiter zurück. Die bolschewistischen Truppen setzen sich aus zettigen, Chinesen und tatarischen Rebellen zusammen, die die Stadt umstellten und einen konzentrischen Angriff machten. Sie bahnten sich einen Weg in das Innere der Stadt; die weißen Truppen halten nur noch einige Arbeiterquartiere, sie bekommen jedoch ständig Verstärkung. In Odesa wüteten heftige Straßenkämpfe. Die revolutionäre Bewegung breitet sich wie ein Springfeuer aus. In Kiew haben die Aufständischen einen Ring um die Stadt gezogen. Wenn nicht Verstärkungen eintreffen, erwartet man schließlich die Kapitulation. Die bolschewistische rote Armee hat unter den revolutionären Bergarbeitern in Donau-Bezirk ein unerbittliches Blutbad angerichtet.

Deutscher Reichstag

Berlin, 10. März.

Am Ministertisch Dr. Koch. In der fortgesetzten Aussprache über den Haushalt des Ministeriums des Innern führte als erster Redner

Abg. Schreiber (Ztr.) aus: Das Justizministerium ist ein Gradmesser für die geistige Höhe und politische Reife eines Volkes. Der Staat führt heute einen schweren Kampf gegen den Kapitalismus. In die Gesetzgebung muß auch die Überwindung des Kapitalismus einfließen und muß von dem moralischen Willen unseres Volkes getragen werden. In diesem Sinne begrüßen wir das Jugendwohlfahrtsgesetz und auch das in Aussicht gestellte Gesetz gegen die Schundliteratur. Von einer neuen Festsitzung Feines, von der ein Berliner Blatt sprach, kann hier keine Rede sein. Das Vorhaben gegen die Schundliteratur ist nur eine Folge des im vorigen Jahre beschlossenen Lichtspielgesetzes. Angesichts der Pariser Forderungen können wir keine uneren Kämpfe und keine innere Verleumdung brauchen. Die Kulturpolitik wird man auf ein Höchstmaß von Toleranz einstellen müssen. Die Familie muß jähnelicher tätig sein, und zwar in erster Linie auf dem Gebiete der Schule. Wir bedauern die Zurückdrängung des privaten Schulwesens infolge finanzieller Schwierigkeiten. Den freien Bildungsorganisationen muß aber Unterstützung zuteil werden, aber nur in Verbindung mit unserem Hochschulfwesen. Die Volkshochschulen haben nicht den gemühten Erfolg gehabt. Volkshochschule kann nur im Anschluß an die selbständigen Volkshochschulen erfolgen. Redner tritt für die Unterbringung der vertriebenen Lehrer in den Schulen ein und richtet an die Länder einen Appell, diese Lehrer zu berücksichtigen. Das Eingreifen des Reiches in die Reichshochschule nehmen wir dankbar an. Die technische Hochschule hat zur Zeit noch für notwendig. Die Not der deutschen Wissenschaft bedeutet einen unersetzlichen Schaden für die Kultur der Welt. Das erkennen man im Auslande an, was wir an der Unterstützung der Amerikaner und Japaner sehen. Die Kultur Europas kann nicht blühen, wenn die deutsche Wissenschaft verarmt.

Abg. Geerling (D.Vp.): Die Frage, ob Minister Koch die zu einem guten Haushalt erforderliche Sparmaßnahme ist, läßt sich nicht so leicht beantworten. Den neuereingetretenen Abgeordneten deren jeder den 418. Teil der Volksgouvernement darstellt, wird es klar werden, daß die Sparmaßnahme die von dem Reichspresidenten doch etwas anders aussieht als wir es früher geglaubt haben. Die Minister stimmen mir zu, daß schon um der besetzten Gebiete willen jede Anleihe vermieden werden muß. Eine Ehrenpflicht ist es, den Beamten im besetzten Gebiete und amnestierten Gebiete zu gedenken. Der Religionsunterricht soll ein ordentliches Bedürfnis der Schule sein. Dem deutschen Volk muß die religiöse Unterlage erhalten bleiben. Das Reichshochschulgesetz wird hoffentlich der großen Mehrheit des deutschen Volkes nicht den höchsten Wunsch hinweisen. Wir wollen nicht das Neue, das wir wollen, verworfen, aber wir wollen das geschichtliche Gesetz nicht plötzlich abschaffen. Eine größere Einheit der Kultur müssen wir uns zum Ziele machen. Das ist die Aufgabe des Ministeriums des Innern. Je früher man die Hände auf und einbaut, desto eher wird der Tag kommen, an dem der Deutsche wieder den Deutschen beizugeht. (Beifall rechts und Handklopfen, was der Präsident rügt.)

Reichsminister Koch: Wenn ein Land von den Erziehungs-berechtigten eine energische Erklärung bezüglich des Religionsunterrichtes fordert, so kann man dagegen verfassungsmäßig nicht einschreiten. Ich persönlich ziehe eine positive Erklärung vor. Ein Reichsgesetz würde diesen Punkt regeln. Das Wortwort zur Verfassung, das Herr Preuß geschriebe hat, war schon vor meiner Amtsführung gesprochen. Tendenziös ist es nicht gehalten. Die Verfassung verbietet auch nicht, daß ein solches Wortwort beigegeben wird. Die vorliegenden Auslagen, besonders auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt, sind die besten Kapitalanlagen.

Abg. Wiese (N.S.): Die Außenpolitik eines Volkes ist abhängig von seiner Innenpolitik. Das Urteil des Auslandes, auch das des neutralen, über uns ist nicht günstig. Warum sind die Reichsbeamten in Bayern nicht aufgeklärt worden? Warum hat der Minister nicht darauf geantwortet? Das erhöht unser Ansehen im Auslande nicht. Der Minister hat gesagt, die Kulturaufgaben dürften nicht leiden unter der Spar-samkeit. Aber wo ist ein einziger Titel, der genügend Mittel einsetzt gegen die typische Verelendung des Volkes? Ganze 2 1/2 Millionen werden zur Bekämpfung der Tuberkulose eingesetzt. Ist das nicht eine Satire? Im Heeresetat sind Millionen für Leibesübungen eingesetzt. Wo sind die Mittel für die Spielplätze. Die Spielplätze werden aber die Tuberkulose nicht nur vermindern, sondern auch das Jugendverbrechen. Der Redner wendet sich dann gegen den Luxus. Der Presseball mit seiner Modestellung sei ein Skandal gewesen und ein noch größerer die Anwesenheit der Minister auf diesem Presseball. Wenn der Reichstanzler solchen Schaustellungen beistimmt, wenn Geldstrom bei diesen Festen, dann muß das Ausland stutzen. Wenn die Anwesenheit der Minister auf dem Presseball Tradition ist, so mußte mit dieser Tradition gebrochen werden. In Deutschland ist Karneval, Opernabende, und für die Not der Arbeitslosen gibt es keine Mittel. Die kapitalistische Gesellschaft ist wert, daß sie zugrunde geht.

Reichsminister Dr. Koch: Uebertriebener Luxus herrscht in den Kreisen der Bevölkerung (Recht rechts). Demen Mittel zur Verfügung dazu haben. Die Bekämpfung des Luxus ist eine Landesangelegenheit. Die Teilnahme des Reichstanzlers und der Minister am Presseball beruht auf 30jähriger Tradition. Die Reichsregierung wollte damit bekunden, daß sie auf eine Fühlung mit der Presse Wert legt und die Bedeutung der Presse anerkennt. Auf die Gestaltung des Festes hat die Regierung natürlich keinen Einfluß.

Um 12 Uhr morgen: Kleine Anfragen, Redereclatations-gesetz, Fortsetzung. Schluß 4 Uhr.

In die Gewerkschaften aller Länder!

Der Internationale Gewerkschaftsbund, Amsterdam, verbindet das folgende Schreiben an die ihm angeschlossenen Organisationsstellen:

Die gewerkschaftliche Internationale kann sich gegenüber der in allen Ländern zutage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten. Alle an die angeschlossenen Organisationen gelangenden Nachrichten sowie die Meldungen in der Presse zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer weitere Dimensionen annimmt. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu zwingen versucht, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale hat hierzu Stellung genommen; es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklären, nicht gelten lassen.

Es ist unmöglich zu behaupten, es werde zuviel produziert, während infolge des Krieges die entsetzliche Verarmung in der Welt herrscht, die meisten Länder vom Elend heimgesucht und die Ruinen noch nicht aufgebaut sind.

Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion wesse ein Ueberschuß auf, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhört, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumholz vernichtet werden konnten, daß große Korste an Wolle unbenutzt liegen bleiben, die Fabriken unter Rohstoffmangel leiden, während es in den meisten Haushalten mehr als je an Wärme fehlt.

Die Annahme der Unternehmer, diese Krise auszunutzen, um die Löhne herabzusetzen, ist eine unerschütterliche Drohung gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu vermehren und die Krise zu verschärfen.

Die Arbeiterorganisationen müssen dieses Vorhaben mit allen Kräften bekämpfen und in den immer mehr anschwellenden Massen der Arbeitlosen den Kampfgeist und den Kampfwillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftstoungreth formulierten Forderungen entwickeln.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet, eine Abhilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Indischer Landtag.

gr. Karlsruh, 10. März.

Die heutige Landtagsitzung brachte endlich die Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes zu Ende. Inwieweit waren nach zahlreicher Reden und Geschie, wobei die Abg. Gen. Wed und Kurz knapp und sachlich ihre Auffassungen darlegten. In schwieriger Stunde befand sich die Zentrumsfraktion, die jetzige Auffassung darüber war, ob sie dieses Gesetz — ein grundlegendes Werk für die indische Landwirtschaft — annehmen sollte oder nicht. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Herr Abg. Dr. Scherer, beantragte deshalb in der Vermittlung, die Sitzung Vertagung der Abstimmung möge in der Hoffnung, seine Kollegen doch noch unter einen Hut zu bringen. Es ist ihm aber nicht gelungen, seine Fraktion geschlossen für dieses wichtige Gesetz zu gewinnen. Bei Beginn der Nachmittagsitzung war die Zentrumsfraktion nur schwach vertreten (selbst Herr Dr. Scherer fehlte) und bei der gleich vorgenommenen Abstimmung wurde dann das neue Landwirtschaftskammergesetz mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Deutschnationalen und des größten Teils des Zentrums gegen die Stimmen der Zentrumst Abgeordneten Strauß, Spang, Schell, Sembert und Frey Nigel angenommen.

Aus der Sitzung ist noch als bedeutungsvoll zu erwähnen, die im Anschluß in den Staatsvertrag über die Verrechnung der Löhnen heute erfolgte Genehmigung der Uebernahme der badischen Staatsschulden auf das Reich bei Weiterführung des badischen Staates. Weiter wurde in der Sitzung das Siedelungsgesetz in der zweiten Lesung genehmigt.

31. öffentliche Sitzung

Präsident Kayser eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr, nachdem zuvor ein gewisser Zimmermann, der schon einige Zeit durch fixe Ideen erstickt, aus der Diplomatologie, in die er sich eingeschrieben hatte, entnommen worden war, um Sitzungen zu vermeiden.

Landwirtschaftskammergesetz

Abg. Schön (Dem.) hätte gern die Einwirkung gesehen und erklärt gegen die Politikierung der Landwirtschaftskammer angekämpft zu haben. Bedauerlich sei, daß die Genossenschaftsbünde kein Zurückrecht haben. Je jünger die Genossenschaftsbünde sind, desto weniger werden sie die Interessen der Bauern wahrnehmen. Die Beziehungen unseres Vorredners Sängler als stellvertretender Vorsitzender der Landwirtschaftskammer geben dem Zentrum angehören. (Beifall rechts im Zentrum.) Es sind im hohen. Es veranlaßt uns dies nicht, demgegenüber darauf ab-zuziehen, daß die Hälfte der Kammer und des Vorstandes dem Zentrum angehören. (Zustimmung im Zentrum.) Es sind im Vorstand vom Zentrum: die Herren v. Strohungen und v. Rentgen, die Herren Woggenaler und Riemer. (Sehr richtig in der Mitte.) Wir haben heute besonderen Grund uns gegen die Politikierung der Kammer zu wenden. Wir dürfen uns nicht hemmend in den Weg stellen, wenn eine Institution dem Staate Aufgaben abnimmt. Nun hat die Landwirtschaftskammer während des Krieges Geschäfte gemacht, die wir nicht zu vertreten haben, die jedoch aus einer gewissen Geschäftssphäre der Zeit-situation zu verstehen sind. Die Gewinne wurden zur Förderung der Landwirtschaft verwendet. Ein Verdienst der Landwirtschaftskammer war es, das Schwarzwälder Kirchwasser außerhalb Badens verbreitet zu haben. Vielleicht schreibt Herr Spang einen trefflichen Artikel, daß Herr Riemer in der heutigen Sitzung fehlt. (Gelächter.) Es ist nicht richtig, daß beim Landwirtschaftskammergesetz 1912 eine Verengung des Zentrums stattfand. Die Landwirtschaftskammer sollte alle genossenschaftlichen Geschäfte, die Genossenschaften überlassen und nur solche Geschäfte treiben, die der Förderung der Landwirtschaft dienen. Dagegen sind wir gegen ein Ausnahmengesetz hinsichtlich der freien Bewegung eines Selbstverwaltungsförpers. Die Möglichkeit im April schon Wahlen zur Landwirtschaftskammer stattfinden zu lassen, ist nicht vorhanden.

Abg. Engelhardt (Ztr.) wünscht Pflege des Hofbaues.

Abg. Kurz (Soz.):

Auch wir sind für baldige Neuwahlen zur Landwirtschaftskammer. Den Antrag hätte können wir jedoch nicht annehmen. Denn es ist technisch unmöglich, die Wahlen noch im April stattfinden zu lassen. In den Streit zwischen Demokraten und Zentrum müssen wir uns nicht einlassen, solange sich Parteimitglieder der Kammer politisch sein wird, solange sich Parteimitglieder daran beteiligen. Die Landwirtschaftskammer sollte nicht dazu beitragen, die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte

kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen den durch die Wertdifferenzen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen in Hand setzen würde, die für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vorzunehmen, während sie den günstiger gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale macht die Arbeiterorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwachsen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, deren Wirkungen sich gegen die Arbeiter zeigen, zu bekämpfen.

Das Bureau ermahnt die angeschlossenen Zentren dringend, die internationale Verteilung der Kohlenstoffe zu fordern. Es ist unzulässig, daß z. B. in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten häufen.

Das Bureau ruft die Zentren auf, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr dem Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren wird, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können.

Es ist weiter die Pflicht des Bureaus, die Landeszentralen auf die Notwendigkeit zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltreaktion alle Parteien gegen die Arbeiter und ihre Organisationen an die Hand gibt.

Indem wir Sie ermahnen, die gewerkschaftliche Internationale von Ihnen im Hinblick auf dieses Schreiben genommene Maßnahmen auf dem laufenden zu erhalten, verbleiben wir mit brüderlichen Grüßen

ern zu helfen. Eine große Erregung bemächtigte sich der Bevölkerung wegen der Handelsverträge der Landwirtschaftskammer. Wir müssen jedoch auch an all das denken, was sie Gutes im Kriege leistete. Wir müssen uns erinnern, was sie damit im Kriege leistete, daß sie zwecks Versteigerungen die von Derr abhängigen Pferde übernahm. Es ist besser, die Millionen fallen in die Taschen der Landwirtschaftskammer, als in die der Händler. Die Methoden wie den Verkauf von Pfeffer usw. beurteilen wir jedoch. Wir wünschen, daß es möglich wird, daß auch die Kleinbauern in die Landwirtschaftskammer kommen. Nachdem wir das Verhältniswahlrecht haben, müssen sich die Kleinbauern bei der nächsten Wahl mehr rühren, damit nicht nur Großbauern in die Kammer kommen. Vor allem lobend sind für die Kammer die

Pflege der Verfassungsgüter und der Bodenverbesserungen. Hier könnte die Landwirtschaftskammer in Verbindung mit dem Siedelungsgesetz Gelände erschließen und Bruchstücke anlegen. Eine andere Aufgabe ist es

billige Futtermittel und gutes Saatgut zu beschaffen und billige Maschinen zu vermitteln. Eine große Aufgabe wäre auch die Borneahme von Feldbereinigungen. Die Kammer sollte vor allem vorbereitend wirken. So lange der Landtag Mittel für die Kammer zu bewilligen hat, darf er nicht dulden, daß sie einen Staat im Staate bildet. Auch hinsichtlich der Kleinrentzucht bleiben der Kammer noch viele Aufgaben. Für die Förderung nach 2/3 Mehrheit in der Landwirtschaftskammer sind wir nicht zu haben; die einfache Mehrheit hat bei der Abstimmung zu genügen. Wichtig ist auch, daß der Staat einen Vertreter seines großen Waldbesitzes in die Kammer schickt. Wenn die Kammer im Interesse des gesamten Volkes handelt, so ist sie dessen Dank sicher. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. Strauß (Ztr.) polemisiert gegen den Abg. Schön über die Entstehung des Landwirtschaftskammergesetzes. Wir überlassen gern der Regierung die Ehre, schon vor dem Antrag die Haupt vorbereitungen zum Landwirtschaftskammergesetz getroffen zu haben. Nicht nur bei der Landwirtschaftskammer, auch auf anderen Gebieten haben die Sachverständigen kein Abstimmungsrecht, wie gegenüber dem Abg. Schön zu betonen ist. Die Kammer hat unter der Geschäftsphäre manches gemacht, was sich nicht rechtfertigen läßt. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Geschäfte zu unterziehen, die nicht in den Geschäftsbereich der Kammer fallen. Ein Teil meiner politischen Freunde wird unter Annahme des Antrages Gef. (einfache Mehrheit der Kammer und bei ganz besonderen Veranlassungen Zustimmung des Ministeriums des Innern) für das Landwirtschaftskammergesetz stimmen. Ich und ein weiterer Teil meiner politischen Freunde werden gegen den Antrag Wed und gegen das ganze Landwirtschaftskammergesetz stimmen.

Abg. Spang (Ztr.) erklärt, Abg. Schön habe den Abkommen der Landwirtschaftskammer gemacht. Die Geschäftsphäre der Kammer ist zu einer unheilbaren Krankheit geworden.

Minister Kemmele:

Selbstverständlich bemühen wir uns, die Wahlen so schnell als möglich stattfinden zu lassen, doch kann ich nicht versprechen, ob es möglich ist, sie schon im April stattfinden zu lassen. Es müssen Wählerlisten aufgestellt werden usw., damit keine Beanstandungen vorkommen und dies geht nicht so schnell. Das Gesetz liegt bereits seit 1 1/2 Jahren der Kammer vor. Abg. Biel-hauer sagte, Baden sei das einzige Land, das für die Landwirtschaftskammer keine Aufwendungen mache. Ich muß dies zurückweisen. Der Staat stellte vor dem Kriege jeweils 400000 Mark im Jahre bereit und stellte erst dann keine Summen mehr ein, als die großen Gewinne bekannt wurden. Ich habe nicht den Eindruck, als ob in dem Justiz politische Gesichtspunkte maßgebend wären, sondern glaube, daß geschäftliche Kon-fuzenz zwischen Bauernvereinen, Genossenschaften und Kammer maßgebend sind. Ueber den Widerstreit kommen wir nicht hinweg, bis die rein geschäftlichen Unternehmungen den Organisationen zur Verfügung werden an die, denen sie gehören, nämlich Genossenschaften und Bauernvereinen, während die Landwirtschaftskammer, wie die Landwirtschaftskammer und Handelskammer, nur pflichtlich überwachend darüber zu stehen haben. Sagen möchte ich allerdings, es sind nicht die schlechte Kette Frucht, an denen die Wespennagen. Neben den zweifelhaften Geschäften sind auch Dinge vollführt worden, mit denen man durchaus zufrieden sein kann. Wenn die Kammer nach allgemeinem Wahlrecht gewählt sein wird, wird das Mißtrauen fallen. Ohne Kontrolle der Landwirtschaftskammer Mittel zu geben, kann die Regierung nicht zu lassen. Die wirtschaftliche Lage zwingt uns zur Sparsamkeit (Beifall). Darüber scheint man sich noch nicht klar zu sein (Beifall). Denn sonst könnte man an die Regierung keine so hohen Forderungen stellen. Wenn hohe Mittel ausgegeben werden, müssen Regierung und Landtag die Kontrolle haben (Sehr richtig!). Es ist nicht zu viel verlangt, daß bei solch schweren Reueunternehmungen die Genehmigung der öffentlichen Organe verlangt wird. Ich habe

...immer bemüht, ungerechte Angriffe gegen die Kammer zurückzuweisen, muß ihre Arbeitsfähigkeit jedoch auf das eigentliche Gebiet zurückzuführen. Nur hierdurch können wir zur Gesundung für uns handeln es sich darum, die Gesamtländwirtschaft zu fördern (Beifall).

Abg. Geß (Soz.):

Ich möchte meinen Antrag wieder aufnehmen, daß bei wichtigen Verhandlungen und großen Summen die Zustimmung des Ministeriums notwendig ist; jedoch nicht bei minder wichtigen Dingen. Aus dieser mittleren Linie sollten wir uns finden. Nachdem Abg. Straub bereits davon abging die Zweidrittelmehrheit aller Kammermitglieder zu verlangen, und sich mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Kammermitglieder begnügte, so sollte er sich auf unsern Standpunkt stellen und wie in anderen Abstimmungen mit der einfachen Mehrheit zufrieden sein. Wenn Herr Straub sich aber dieser Auffassung nicht anschließt, so sieht er sich einem bündeligen Großd. gegenüber, dem Abg. Gerke von den Deutschnationalen erklärt, mit uns zu stimmen. Gegenüber dem Abg. Straub möchte ich darauf hinweisen, daß es dem sozialdemokratischen Antrag zu verhandeln ist, daß zwei Arbeitervertreter in den Landwirtschaftskammerrat kommen (Nurke im Zentrum), während das Zentrum nachträglich einen Antrag stellt, wonach nur ein Arbeitervertreter in den Vorstand kommen sollte (Starke Nurke im Zentrum). Außerdem war im Entwurf vorgesehen, daß unter den Zuzuwählenden ein Arbeitervertreter sein sollte. Von Bürgerlichen, darunter auch von Zentrumsgenossen, wollte man diesen Arbeitervertreter nicht zuzulassen.

Abg. Bierneisel (Zentr.) begründet einen Antrag auf Ernennung eines Vertreters der Lagerhausgenossenschaft Laubersbühlhofheim.

Abg. Viehhauser (Zentr.) stellt fest, daß die Landwirtschaftskammer einen großen Teil ihrer Geschäfte auf Wunsch der Reichs- und Landesbehörde machte. Der letzte gestellte Antrag Bierneisels ist abzulehnen.

Abg. Duffner (Zentr.) erklärt es für falsch, daß seine Partei den Einfluß der Arbeiterkammer in der Kammer schwächen wollen. Trotz der reaktionären nicht allfälligen Kassation unseres Antrags darf man sich nichts Unrichtiges unterstellen.

Abg. Geß (Soz.) erklärt, daß er seine Stellungnahme nur gegenüber dem Abg. Straub machte und nicht aus agitatorischen Gründen. Bei der Neufassung stellte das Zentrum den Antrag, nur einen Vertreter der Arbeiterkammer in den Vorstand zu wählen. Meine Auffassung beharrte daher auf der Stellungnahme des Zentrums im Ausschuss.

Abg. Wittenmann (Zentr.) stellt fest, daß seine Partei den Antrag auf nur einen Arbeitervertreter stellte in der Absicht, den Kammerpräsidenten überhaupt und zwar auf fünf Personen zu reduzieren. (Abg. Geß (Soz.): Warum geschah dies nicht gleich?) Wir stellen diesen Antrag in der Kommissionsberatung.

Abg. Geß (Soz.): Es ist falsch, den nachträglichen Eintrag des Arbeitervertreters bei den Zuzuwählenden mit der Reduzierung der Zuzuwählenden zu begründen. Denn deren Zahl wurde erhöht.

Die Abstimmung

Der Antrag Straub (Zentr.), allgemein bei entsprechenden Veranstaltungen der Landwirtschaftskammer eine Zweidrittelmehrheit und die Zustimmung des Ministeriums des Innern zu verlangen, wird gegen einen Teil der Zentrumstraktion abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Geß (Soz.), wonach die Landwirtschaftskammer bei besonderen arbeitsrechtlichen Angelegenheiten der Landwirtschaftskammer und bei Ansuchen über 100.000 M und zum Beginn gewerblicher und handelsmäßiger Unternehmungen und zur Teilnahme an solchen außerdem der Zustimmung des Ministeriums des Innern bedarf.

Der Antrag Bierneisel (Zentr.) auf Auswahl eines Vertreters der Lagerhausgenossenschaft Laubersbühlhofheim wird abgelehnt.

Verabschiedung der Gesamtbestimmungen

Abg. Dr. Schajer (Zentr.) bittet, die Gesamtbestimmungen über das Landwirtschaftskammergesetz zu verabschieden, damit seine Fraktion nochmals darüber beraten kann.

Der Antrag wird angenommen. Die Abstimmung findet in der Nachmittagsitzung statt.

Übernahme der Staatsschulden auf das Reich

Abg. Seibert (Zentr.) berichtet namens des Ausschusses über die Regierungsvorlage bezüglich Übernahme der Staatsschulden auf das Reich. Die Vorlage basiert auf der Übernahmehilfe der Banken durch das Reich, wobei man bei nochmaliger Prüfung auf dem Ergebnis kam, die funktierten Staatsschulden auf das Reich zu übertragen, da Voden hiermit auf Grund des Staatsvertrags über die Verreichlichung der Bahnen besser fährt. — Der Ausschuss beantragt, Voden überträgt seine Schulden an das Reich und übernimmt die Selbsthaftung für die Schulden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Aufstellung eines Wasserfaktors

Abg. Duffner (Zentr.) begründet seinen Antrag um Aufstellung eines Wasserfaktors.

Abg. Geß (Soz.) scheidet sich dem Antrag um Aufstellung eines Wasserfaktors an; für gefährlich halte ich es aber, wenn daraus Hoffnungen auf Ausbau der Kleinwoasserkräfte geknüpft würden. Denn es ist eine allgemeine Ansicht im Ruhrgebiete, daß wir im nächsten Jahre Kohlen in Hülle und Fülle haben. In der Hauptsache muß uns der Ausbau einer Staustufe am Oberrhein beschäftigen. Man muß deshalb etwas Wasser in den Rhein der Hoffnungen des Vorredners gießen. Einemogen ist ein Antrag aller Parteien, den Antrag an den Haushaltsausschuss zu verweisen. — Der Antrag wird angenommen.

Nachmittagsitzung

Verabschiedung über das Landwirtschaftskammergesetz gegen 5 Zentrumstimmen angenommen

Das Landwirtschaftskammergesetz wird in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Abgeordneten Straub (Ztr.), Spang (Ztr.), Frau Nigal (Ztr.), Seiser (Ztr.), Seibert (Ztr.) angenommen.

Der deutschnationale Antrag, die Wahlen zum Landwirtschaftskammergesetz noch im April stattfinden zu lassen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zweite Lesung des Siedelungsgesetzes
Das badische Ausführungsgesetz zum Reichssiedelungsgesetz wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Petitionen
Die Petition des Zentralverbandes der Angehörigen um geeignete Maßnahmen zur zeitgemäßen Neuorganisation der Volkshochschullehrer bei den Krankenkassen wird durch die Maßnahmen der Regierung erledigt erklärt.

Das Gesuch der Bäcker und Kolonisten aus den Tälern der Raumungach, Schwarzenbach, Hundsbach und Wierbach betr. das landliche Oberigentum an Gebäuden,

Aeden und Bienen wird auf Antrag des Vertriebsleiters Abg. Gerke (Soz.) empfehlend im bestimmten Sinne überwiegen.

Abg. Arnold (Soz.) berichtet über das Gesuch des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Gau Baden um tatkräftige Unterstützung seiner Bestrebungen. Die Kommission beantragt die Geschäftsstelle an der Verteilung der im Nachtragsetzt zur Verfügung stehenden Summe von 25.000 M teilnehmen zu lassen.

Abg. Weßmann (Soz.) weist die Aeußerung zurück, die Naturfreunde sollten auf's Land gehen und arbeiten. Man sollte die Bestrebungen dieser Leute würdigen und sich freuen, wenn die Industriearbeiter, statt sich in die Wirtschaften zu setzen, wandern, was für sie wertvoll ist.

Abg. Dr. Baumgärtner (Ztr.) erklärt die vom Abg. Weßmann geäußerte Aeußerung dahin, daß hier eine Verwechslung der Naturfreunde mit den vielfach kritisierten Wandervögeln vorlag.

Der Ausfühsantrag wird angenommen.
Abg. Frau Nigal (Ztr.) berichtet über die Entschädigung einer Verammlung der Elternschaft der Mittelschulen Heidelberg betr. den

Schulbeginn an Ostern

Die Anfrage hat ihre Erledigung gefunden durch die jüngsten Mitteilungen des Unterrichtsministers über diesen Punkt. Die Petition wird durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt.

Der Präsident wird Termin und Tagesordnung der nächsten Sitzung bestimmen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr.

Badische Politik

Gendarmen-Wünsche

Aus Gendarmereisreisen wird uns geschrieben: Nachdem der 9. November 1918 der Gendarmerie wesentliche Erleichterungen gebracht hatte, glaubte man, daß mit dem wilmhelminischen Zeitalter endlich ganz ausgeräumt würde. Aber weit gefehlt. Kaum waren die Keinen Erleichterungen eingeführt, so werden sie nach und nach schon wieder abgeschafft. Es ist geradezu beschämend, wenn Männer, die im Dienste ergraut sind, oder solche, die 4 1/2 Jahre im Felde waren, mit rekrutenmäßigen Zielübungen belästigt werden. Wie man hört, soll auch der Karabiner wieder im Dienst getragen werden, weil „man“ glaubt, mit diesem der Bevölkerung mehr Furcht einflößen zu können. Der Herr Korpskommandant weiß scheinbar nicht, daß der Karabiner nur behinderlich im Dienst ist. Es hat den Anschein, als ob die höhererischen Theorien wieder Geltung bekommen sollten. Anführer der früheren Korpskommandeur, vertrat den Standpunkt: „Was nützt uns ein sehr guter Kriminalist, wenn er nicht gut exerzieren kann.“ Wie sieht es auch mit der Uniformierung der badischen Gendarmerei? Im ganzen deutschen Reich wurde die Uniformierung der Gendarmerei einer Reform unterzogen, nur im Freistaat Baden sieht man die Gendarmereibeamteten noch mit den kaiserlichen Gradabzeichen herumlaufen. Es scheint, daß von gewissen Herren an der Spitze des Korps die Festsätze, die der Gendarmereibeamte in Baden-Württemberg gefaßt hat, einfach sabotiert werden. Die Uniformierung der badischen Gendarmereibeamteten ist zurzeit so verfaßelt, daß man gar nicht mehr weiß, welchem Kruppenteil der Einzelne angehört. Sind die Gendarmereibeamteten denn eigentlich noch Soldaten oder Beamte? Noch immer sieht und hört man, daß die Gendarmereibeamteten vor „höheren Vorgesetzten“ noch kniend stehen müssen. Wann wird endlich einmal mit diesem Kadavergehörig gemacht? Es gibt ja allerdings gewisse Kreise, die sich freuen, daß wenigstens bei der badischen Gendarmerei noch die alten wilmhelminischen Gradabzeichen getretet wurden bezw. noch nicht abgeschafft sind. Die Gendarmen aber empfinden diese Fußstapfen als eines freien Staatsbürgers unwürdig und verlangen Befreiung und Umstellung.

Lehrerprotest

Man schreibt uns: Der Bezirkslehrerverein Bruchsal nahm in seiner letzten Tagung einstimmig folgende Entschlüsse an: 1. Der Bezirkslehrerverein Bruchsal erhebt lebhaften Protest gegen die im Entwurf der Regierung an den Landtag vorgeschlagene Minderbemerkung der Arbeit der Klassenlehrer gegenüber der einzelner Lehrergruppen, durch welche die Einheit der Erziehungsarbeit und Aufgabe gerissen und die Arbeitsfreude, die Grundlage jeden Erfolges, schwer geschädigt wird. Er erwartet, daß die Abgeordneten der Arbeit der Klassenlehrer Gerechtigkeit widerfahren lassen und eine unerbittliche Zurückweisung verhindern werden. — Die Absicht der Differenzierung, die famose Dreiklasseneinteilung und die Stafflung der Zeurungsaufschläge haben bereits eine bedauerliche, aber nur zu sehr erklärliche Verdrossenheit und Erbitterung hervorgerufen, die dem idealen Streben nach Weiterbildung einen bösen Stoß bereitet haben. 2. Es wird für zweckmäßig erachtet, daß für die Volksschulen auf dem Lande in diesem Jahre der Schuljahresbeginn frühestens auf den Dienstag nach dem Weihen Sonntag festgesetzt wird, sofern er nicht allgemein auf denselben Tag wie für die Mittelschulen vorgesehene ist.

Ein merkwürdiges Gebilde. Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“: „Seit einigen Tagen erscheint mit dem Ausgabebetrag Baden-Württemberg eine „Süddeutsche Morgenzeitung und Handelsblatt“, die nach den uns vorliegenden Nummern offensichtlich eine so stark nach rechts gerückte Politik verfolgt, daß man sie fast als deutschnationale Zeitung ansprechen darf. Truder und Truder sind schamhafter Weise verschwiegen. Es ist nicht ohne Interesse, in einem badener Blatt zu lesen, daß die neue deutschnationale Zeitung — Geschick ist Geschick! — im Verlag des demokratischen (!) „Rastatter Tagblattes“ gedruckt wird, nach werkwürdiger ist aber, daß die beiden Redakteure dieses demokratischen Blattes auch das deutschnationale Blatt verantwortlich zeichnen. Ihre politische Gesinnung ist offenbar auf einer Dreifache moniert, so daß sie abwechselnd je einmal am demokratischen und einmal am deutschnationalen Geleise Anschlag findet.“ Schme! lebt immer noch!

Aus der Partei

H. Forchheim, 9. März. Letzten Sonntag fand im Gasthaus zur „Linde“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Gen. Prof. R. H. Bach aus Karlsruhe einen Vortrag über „Christentum und Sozialismus“ hielt. Der Referent verhandelt es ausgezeichnet, den Anwesenden in äußerst sachlicher Weise das Verhältnis zwischen Christentum und Sozialismus vor Augen zu führen. Mit größter Spannung lauschten die Zuhörer den wissenschaftlich hochstehenden Ausführungen und spendeten am Schluß allgemeinen Beifall. Die anschließende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates. — Der Besuch der Versammlung war leider ein schlechter, es wäre endlich an der Zeit, daß die Arbeiterkammer wieder einmal bei sich Einkehr hält und sich mehr um Politik kümmert als bisher; es wäre dies jedenfalls demnächstiger und würde zweifellos mehr im Interesse der Arbeiterkammer gelegen sein als mit nebensächlichen Kleinigkeiten und Angelegenheiten die Zeit totzuschlagen.

Den Mitgliedern des Soz. Vereins sei mitgeteilt, daß am Samstag, 12. März, abends punkt 8 Uhr, in der „Lettalbahn“

eine Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung stattfindet. Die Genossen werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Liedolsheim, 11. März. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im „Lohsen“ der dritte Bildungsvortrag des Gen. Hauptlehrer Doeberl statt. Thema: Saint Simon. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

8. Nieberhöll, 9. März. Die am Sonntag abend im Gasthaus „zum Hirsch“ stattgehabene Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Parteisekretärs Franks war gut besucht, insbesondere war zu begrüßen, daß auch Frauen anwesend waren, ein Beweis, daß auch die Frauen nun erkennen, wozu sie gehören. Die Ausführungen des Gen. Franks wurden beifällig aufgenommen.

7. Gengenbach, 9. März. Samstag, 12. März, fanden hier im Löwenaal zwei Vortragsabende statt. Nachmittags 4 Uhr ein Vortrag für Kinder: 1. „Eine Reise durch Deutschland“, 2. „Aus der Märchenwelt“. Abends 8 Uhr für Erwachsene: „Am Steinlocherbergwerk“. Der Abendvortrag ist besonders interessant. Unsere Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wollen sich vollzählig einfinden.

Jugend und Sport

Der Arbeiterport am Sonntag

Klasse A. Kreismeisterchaftsspiel. Fr. 1. Aue (Bezirksmeister 3. Bezirk) gegen Rheinböhlen (Bezirksmeister 2. Bezirk) in Aue. Beginn halb 3 Uhr. Richter spielt Eggensfeld 1 — Aue 1 b; Fr. 2. Sagsfeld — Spielplatz. Fr. 2. Mannheim in Sagsfeld; Ettlingen — Kirchheim bei Heidelberg in Ettlingen; Grödingen — Langensteinbach in Grödingen. Privatspiele müssen frühzeitig dem Unterzeichneten oder bei Sportklub, Hohmüller, Lurlach angemeldet werden wegen Stellung von Schiedsrichtern. Um den Vereinen das Austragen von Privatspielen zu ermöglichen und Kosten zu sparen, ist es Pflicht aller Fußballtreibenden Vereinen, die volle Adresse des Vereinspräsidenten dem Bezirksfußballspieler sofort zugehen zu lassen, um ein Adressenverzeichnis vorlegen zu können, das nach Fertigstellung jedem Verein zugestellt wird. G. Gärtner, Bezirksfußballspielerleiter.

Grödingen. Der Turnverein „Bahnhof“ Grödingen veranstaltete am 5. März eine Familienunterhaltung mit turnerischen und theatralischen Aufführungen. Das reichhaltige Programm fand bei allen Anwesenden größte Aufmerksamkeit. Ein lebendes Bild gab die Einleitung der Feier. Die unter der Leitung des Turnwarts Leonhart aufgeführten turnerischen Darbietungen, welche gut und präzis ausgeführt wurden, fand die Befriedigung aller Anwesenden. Die theatralischen Aufführungen unter der Leitung des Schülerturnwarts Graf, sowie den Ergebeigtenen, ausgeführt von 8 Turnern und 8 Turnerinnen, unter der Leitung des G. Siegrist, fanden allgemeinen Beifall, und wurden aufs lebhafteste begrüßt. Ein spionender Punkt unseres Programms, eine Zepplinfahrt, wurde allgemein begrüßt und bot große Aufmerksamkeit im Saal. Für die von einigen Turngenossen gespendeten Gaben, sowie der Mitwirkenden, welche zur Verschönerung unserer Feier beitrugen, wird auf diesem Wege aufs herzlichste gedankt. Nachdem das Programm seine Schlußmarke die Feier und alle Anwesenden gingen mit dem Bewußtsein, einige herrliche Stunden in dem Turnverein „Bahnhof“ verbracht zu haben, nach Hause. R. W.

Aus dem Lande

Heidelberg, 10. März. Mit dem ersten Sonderzug ist heute früh ein Teil der Heidelberger Abstammungsberechtigten zur alten Heimat abgefahren. Etwa 60 Heidelberger Bürger werden sich an der Abstammung beteiligen.

Mannheim, 10. März. Wie in Karlsruhe so sind auch in Mannheim die mit dem ersten Sonderzug am Donnerstag früh hier eingetroffenen Oberpfälzer auf dem Bahnhof herzlich begrüßt worden. Eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden und bereitete den Abstammungsberechtigten lebhaftest Ovationen. In Anproben wurden den Oberpfälzern die besten Wünsche mitgegeben.

Mannheim, 10. März. Auf die drohende Errichtung der Vollgrenze hin herrscht auf der Rheinbrücke ein Verlebe, wie er weder vor oder nach dem Kriege jemals stattgefunden hat. Jost fortwährend tritt Störung auf der Brücke ein, weil bei den vielen Autos, Lastwagen, elektrischen Wagen, Radfahrern ein Ausweichen fast zur Unmöglichkeit gemacht wird. Auf Ludwigsbahnhöfen Seite sorgt ein starkes Polizeiaufgebot für geordnetes Verkehren, doch sitzen überall, auch auf Mannheimer Seite, große Gruppen Neugieriger, die der Schaulustigheit den Dienst natürlich sehr erfrühen.

Freiburg, 9. März. Das Erg. Ordinarat hat einen Erlaß über die Verpachtung kirchlicher Güter herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Pachtzins für landwirtschaftliche Güter vielfach nicht mehr den derzeitigen Verhältnissen entsprechen und in den Fällen, in denen die Pachtzins schwach sind aber wo Rückstellungen erhoben werden müßten, die vor dem Jahre 1920 abgeschlossenen Pachtverträge neu zu regeln und die Pachtzins angemessen zu erhöhen sind.

W. Von der württembergischen Grenze, 10. März. In der Gemeinde Berg bei Lottman wurde an der 76 Jahre alten in einem alleinstehenden Hause wohnenden Walburga Dohert ein schwerer Raubmord verübt. Der Täter brachte der Frau schwere Verletzungen bei, fand aber das gewünschte Geld nicht. Er ist unerkannt entkommen, die Verletzungen der Heberfallen sind lebensgefährlich.

Einstührende Fahrplanänderungen treten vom 15. März ab auf den Eisenbahnen in Baden in Kraft. Der Mittwoch, Freitag und Sonntags verkehrende Expreszug I 65 (Rehl ab 5 Uhr 20 Min.) fällt aus; die Wagen dieses Zuges werden an den genannten Tagen in Sträßburg dem Expreszug I 68 beigelegt, der etwas früher verkehrt, und zwar Rehl ab 4.32 Uhr früh. Ebenso fällt der in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, vom Donnerstag auf Freitag und vom Samstag auf Sonntag verkehrende Expreszug I 61 (Stuttgart ab 8.50 Uhr abends) aus. Die Wagen dieses Zuges werden an den genannten Tagen ab Stuttgart dem Expreszug I 62 beigelegt. Ferner treten Fahrplanänderungen ein auf den Strecken Baden-Dos-Wöden-Baden, Apentweier-Offenburg, Offenburg-Lahr, Mannheim-Schwetzingen, Schnellzug D 60, Rindern ab 5.05 Uhr früh und der Genozung haben peimberic Fahrgeleisen. Da in der Nacht vom 15. März in den hinkerkünftigen befahrenen Geleisen die posteuropäische Sommerzeit, die mit der mittel-europäischen Zeit übereinstimmt, wieder eingeführt wird, treten auf verschiedenen Strecken zum Teil wesentliche Fahrplanänderungen ein. Diese Änderungen werden an den Stationen angeschrieben und sind außerdem in einem am 14. März erscheinenden Heft des Eisenbahnverkehrs für Baden beifällig festgelegt.

Fahrt der Oberpfälzer durch Baden

Bruchsal, 10. März. Auch aus der Stadt und Umgebung von Bruchsal fanden sich in der Frühe des Donnerstags reichliche Oberpfälzer auf dem Bahnhof ein und benutzten den ersten aus dem badischen Oberlande kommenden Sonderzug zur Fahrt ins Abstammungsgebiet.

Bewerkschaftliches

Landarbeiter! Für die landwirtschaftlichen Arbeiter des Kreises Eder u. Dege, sowie der Gutsböfe Kuttnerhof, Hohenhof, Langdrehhof...

Aus der Stadt

Karlsruhe, 11. März

Geschichtskalender

11. März, 1793 Beginn des Aufstandes in der Vendee. 1872 Leipziger Hochverratsprozess gegen Bismarck, Liebknecht und Gen. — 1820 Vereinigung Aouangs mit Bayern.

Karlsruher Parteinachrichten

Präsidentenmission des „Volksfreund“ heute abend 6 Uhr Sitzung in der „Volksfreund“-Redaktion, Luisenstraße 24.

Helfershelfer der Entente

Zur Schande sei es gesagt, daß, nachdem kaum die Entente-gemalten ihre Sanktionen zu verwirklichen beginnen, auch schon der Lumpenpack der Schieber und Wucherer ihre Zeit für gekommen erachtet und sich anstellt, auch ihrerseits dazu beizutragen, dem deutschen Volke den Hals vollends zuzuschneiden...

Wierzig Jahre Karlsruher Birteverein

Der Wert und die Bedeutung der Organisationsarbeit wird bekanntlich vom Geschäftswerte gebildet gewährt und der Gedanke des Zusammenstehens hat gerade bei den Karlsruhern schon im März 1881, also vor 40 Jahren, in der Karlsruher Birteverein aus der Taufe gehoben...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

„François Villon“, die in letzter Spielzeit hier uraufgeführte Oper A. Alberts, ging am Dienstag wieder in Szene. — Vor ungewöhnlich leeren Sälen! Der Grund ist wohl nicht allein in der London-Wiederholungs-Daumensträuberei zu suchen...

Ein Morgen beim Theaterkulturverbund

Es immer sehr interessant, ob nun über Opernfragen der Gegenwart oder über das Theater und das neue Substrat gesprochen wird, wie am Sonntag. Zunächst den dagewesenen jungen Damen beiderlei Geschlechts zur geneigten Kenntnis der Redner, Prof. Dr. Dibelius hat wieder mit der Literaturgeschichte, auch mit deren Nebenhand, der Verdienstkunde etwas zu tun...

die Geschichte des Vereins Neuere passieren, dem hergliche Begrüßungsworte von Herrn Reichert folgten. Er gedachte dabei dem Ernst der Zeit und der vergangenen schweren Jahre, aber auch all derer, die an der Erhaltung des Vereins mitgearbeitet haben...

Den Schluß der Jubiläumfeier bildete ein Festkonzert mit Ball im großen Festsaal. Das „Harmonie“-Orchester brachte dabei wieder etwas ganz Vorzügliches, meisterhaft kamen die einzelnen Nummern zum Vortrag...

S. Kämpfer. Unsere Parteiversammlung am Mittwoch hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die Versammlung wurde durch den Vortrag des Herrn Reichert, der die Geschichte der Partei in der Vergangenheit und die Aufgaben der Partei in der Zukunft behandelte...

Nach Oberstleuten. Am Sonntag morgen 12 Uhr fährt ein weiterer Sammelzug der Abstammungsberechtigten durch Karlsruhe durch, dem sich eine weitere Anzahl Oberstleuten der hiesigen Gegend anschließen werden.

Die Erhaltung Oberstleuten beim Deutschen Reich. Die Handelskammer Karlsruhe konnte der Reichsregierung Baden des Deutschen Reiches für die Grenz- und Auslandsbeziehungen in Karlsruhe, zu deren Gunsten sie bei Firmen ihres Bezirks eine Spende eingeleitet hatte, rund 23 000 M. zur Verfügung stellen.

Badische Kindererholungsstätte im Jahre 1920. Ueber die Erholungsstätte badischer Kinder im Jahre 1920 liegen jetzt genauere Zahlen vor. Von entnommen wird, daß durch Vermittlung der Schweizerische Gesellschaft insgesamt 1017 Kinder in Schweizerischen Familien oder Heimen untergebracht worden waren...

den waren noch Schweden kamen durch Vermittlung des Badischen Frauenvereins insgesamt 78 Kinder. Durch Vermittlung der caritativen Verbände und durch städtische Organisationen in Baden haben insgesamt 1049 Kinder in einzelnen Familien auf dem Lande Aufnahme gefunden...

Industrieipende für die deutsche Wissenschaft. Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, sind für die Industrieipende für die deutsche Wissenschaft weiterhin von der Firma Karlsruher Parfümerie- und Toilettenfabrik H. Wolff u. Sohn G. m. b. H. 15 000 M. und von der Firma Sinner A. G. 25 000 M. zur Verfügung gestellt worden...

Neue Ehrenbürger der technischen Hochschule. Rektor mit Senat der technischen Hochschule Karlsruhe haben verliehen: die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber 1. an Herrn Heinrich Benzinger sen. in Freiburg i. B. in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung des Beton- und Eisenbetonbaues...

Karlsruher. (Naturfreunde.) Sonntag, 13. März, Bezirkswanderung nach Rosbrunn, Abfahrt 6.55 Uhr nach Rastatt. — Montag, 14. März, abends 9.58 Uhr, Führerführung im Lokal mit Erläuterung: Erste Hilfe bei Unfallsfällen.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe, (Deutscher Metallarbeiterverband.) Am Montag, den 14. März, nachm. 5 Uhr, Kaufhäuser- und Schmeiberverammlung in der Gambinusstraße, Erbsingstraße. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Unbefragtes Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Stadenschauszüge der Stadt Karlsruhe. Schauspieler, Wilhelm Kühn von Arefeld, Kunstmaler hier, mit Elisabeth Joha von Breden, Ludwig Barrier von Straßburg, Elisabeth Affent hier, mit Barbara Kühn von Breden, Wilhelm Rombach von Schwabern, Reg. Baumeister hier, mit Margarete Steinhilber von Geln, Emil Häbber von Wehr, Kurtmann hier, mit Gertrude Schauerle geb. Kuh von Altona, Frau, Robert von Bredow, Schneidermeister hier, mit Theresia Künig von Rastatt, Leo von Dehler von Rastatt, Reg. Baumeister hier, mit Anna Baumeister von Karlsruhe, Kar. Kögler von Karlsruhe, Güterarbeiter hier, mit Frieda Kuh von Karlsruhe, Wilhelm Fränke von Königshausen, Bahnarbeiter hier, mit Bertha Koch von Karlsruhe, Karl Sauerbach von Karlsruhe, Kaufmann hier, mit Elisabeth Ziegler von Mienheim.

erster Linie nur auf den kühlen Intellekt des Beschauers einzuwirken vermag. In Bühlers Darstellungweise rückt oft der Abglanz mittelalterlicher Romantik die Verklärung nahe, ihn als abseits vom Entwicklungsgang und Wollen unserer heutigen Malerei stehenden zu betrachten. Sein Hauptgewicht liegt im Dichtersischen, in der Komposition. Mäler von großer literarischer Schönheit sind in dem Jokus „Nachtigallensied“ enthalten. Von seiner Tempera-Gemälden, welchen hier und da etwas Sprödigkeit anhaftet, fesselt „Herbsttag“ durch blühende Farbgebung. Das von Bühler so mannigfaltig behandelte Thema vom Werden und Vergehen tritt in dem Gemälde „Der ewige Strom“ wieder auf. Die beiden gebildeten Mäler (Majestäten) sind von mehr malerischer als eigentlich plastischer Wirkung.

Galerie Moos. Die Märzausstellung der Galerie Moos ist von einer Reihe karlsruher Künstler besetzt, unter welchen sich bekannte Namen befinden. O. v. Volkmanns Landschaften nehmen durch frische Anmut gefangen. Th. Kuh, stört an Karlsruher gemahrend, bringt Bilder von lühner Malerik. Neben anderen großformatigen Arbeiten seien „Mehrbene bei Karlsruhe“ und „Väterchen“ genannt. Der junge O. Keller zeigt gute Fortschritte. Rud. Probst ist mit einer stattlichen Anzahl von fleißigen Arbeiten vertreten, die in der Farbe etwas eintönig wirken und durch zu großes Eingehen auf die Details sich dem Illustrierten nähern.

Badischer Kunstverein. Künstler aus allen Teilen Badens sind in der gegenwärtigen Ausstellung des Kunstvereins vertreten. Von bekannten badischen Malern seien H. v. Volkmann, J. Schold, A. Haug, M. Amisbühler genannt. J. Schold zeigt eine Reihe von Bildnissen, in welchen noch viel Glatte und Konventionelles steht. Hervorgehoben sei sein „Anabaptist“ und „Fiebermeier“, sowie das stark und groß gefasene „Lauerngepann“. Bei Schold, dem man von früheren Arbeiten in guter Erinnerung hat, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß er manchmal flachen Ansprüchen seiner Auftraggeber zu sehr gerecht wird. Als Maler von Eigenart und großem künstlerischem Temperament lernen wir den Mannheimer B. Oertel kennen. Die Holzschnitte A. Kolbs bringen konventionelle Darstellungen bekannter Motive, wie „St. Christophorus“ etc., die durch die schon schon kraftvoller dargestellt sind! In seinen Zeichnungen hat er sich vom Schulmäßigen noch nicht ganz befreit. Erwähnt seien noch die Arbeiten H. Bachs, F. Hübschs, G. Junges und die Lithographien H. Winkels. Die Plastik ist durch interessante Stücke Bormers vertreten. Neben manierten Arbeiten, die ohne unmittelbare plastische Wirkung sind und an den Beschauer Ansprüche eines geübten malerischen Auges stellen, ragen Stücke wie „Malattenkopf“ und „Frauenbildnis“ durch große Geschlossenheit hervor.

Karlsruher Kunstausstellungen März 1921. Kunsthaus Sebald. Prof. A. S. Bühler tritt uns in seiner Kollektivausstellung im Künstlerhaus Sebald als starke künstlerische Persönlichkeit entgegen. Er zeigt neben einer großen Fülle von meist bekannten Radierungen Gemälde und auch einige plastische Werke. Bühler sucht seine Thematik im Kosmischen. Seine Kunst ist daher sehr reich an Symbolik. In manchen seiner Mäler dominiert Allgegenwärtiges, was in

Polizeibericht vom 11. März. Unfälle. In einer Fabrik in Mühlburg rief beim Hange eines Rades ein Dreifüßler, wobei ein verheerender Zuschlag von hier, der auf dem Kopf stand, aus einer Höhe von 4 Metern abstürzte und sich erhebliche innere Verletzungen zuzog. Der Verunglückte mußte mittels Krankenautos nach dem Städt. Krankenhaus überbracht werden.

In einer Fabrik am Rheinboten stürzte am 9. März eine etwa 8 Zentner schwere Platte um und fiel auf einen ledigen, beim Transport der Platte behilflichen Mechaniker, wodurch dieser einen Oberschenkelbruch davontrug. Auch er fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Soziale Rundschau

Tagung der badischen Zoll- und Steuerbeamten

Am Sonntag den 6. März 1921 fand im Verbandslokal „Löwenrathen“ Karlsruhe eine Landesversammlung der Fachgruppe „Zoll und Steuer“ des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten (R. d. V.) Landesgruppe Baden statt. Zahlreich waren die Vertreter aus allen Teilen des Landes erschienen. Mit berechtigter Verwunderung nahm die Versammlung Kenntnis davon, daß trotz erfolgter rechtzeitiger Einladung das Landesfinanzamt Karlsruhe einen Vertreter nicht entsandt hatte. In durchaus sachlicher Weise referierte der Generalsekretär des R. d. V. in Baden, M. St. über die Lage der Militärämter im Bezirke des Landesfinanzamtes Karlsruhe, die gegenüber den Militärämtern bei andern Reichsbehörden, wie Post und Bahn, geradezu trotzig genannt werden kann. Er begründete den Anspruch der Militärämter auf die mittlere Beamtenlaufbahn an der Hand der bestehenden Gesetze. In einer nach erfolgter lebhafter Aussprache gefassten Entscheidung wurden dem Landesfinanzamt noch einmal die Forderungen der Militärämter mitgeteilt. In der in nächster Zeit in Berlin stattfindenden Versammlung der Reichsfachgruppe „Zoll und Steuer“ wurden Vertreter gewählt.

Die Versammlung schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens für den Verband und mit dem festen Willen, zur Erreichung der berechtigten Forderungen der Militärämter mehr wie bisher sich in der Fachgruppe des Verbandes zusammenzuschließen.

Zusammentritt des preussischen Landtags
Leinert wieder zum Präsidenten gewählt — Rücktritt der Regierung

WTW Berlin, 10. März. Der neu gewählte preussische Landtag ist heute zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Der Alterspräsident Gerold (Str.) wies in seiner Eröffnungssprache auf das Scheitern der Londoner Verhandlungen und die nun in Kraft getretenen Sanktionen hin. Er führte weiter etwa aus: Schwer werden die angeordneten Maßnahmen auf uns lasten. Insbesondere werden zunächst die beteiligten Ge-

biets auf das härteste getroffen. Sie können aber unserer inneren Anteilnahme und Unterstützung sicher sein, indem wir ihre Leiden im vollen Umfange zu werten wissen. Je größer die Gewalttaten je härter die Bedingungen, um so enger werden die preussischen Provinzen sich zusammenschließen und um so fester werden die Bande sein, die alle deutschen Stämme umfassen. Das deutsche Volk wird zeigen, daß seine Loyalität und Energie ungeschwächt sind. Preußen wird mit den übrigen Ländern und Stämmen in geschlossener Einheit und überwindlicher Fähigkeit zusammenhalten. Der Redner gedachte sodann der bevorstehenden Abstimmung in Obersachsen und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Oberklasse in der abgewandten Treue sich mit überwältigender Mehrheit für den Anschluß an das deutsche Volk entscheiden werden.

WTW Berlin, 10. März. In der heutigen ersten Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde der Sozialdemokrat Leinert mit 337 von 406 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden durch Zufall gewählt: Dr. Borck (Str.), Kries (R.) und Garuise (D.V.). Die Abgeordneten nahmen sämtlich die Wahl an.

WTW Berlin, 10. März. Der amtliche preussische Pressebericht teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat unter dem Datum des 10. März seine Demission in dem folgenden, an den Präsidenten des neu gewählten Landtags gerichteten Schreiben gegeben. Nachdem der aufgrund der Verfassung vom 30. 11. 1920 gewählte Landtag heute zusammengetreten ist, sehen die unterzeichneten Staatsminister den ihnen aufgrund des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsverwaltung in Preußen vom 30. 8. 1919 erteilten Auftrag zur Führung der Staatsgeschäfte als erledigt an. Sie beehren sich daher, ergebenst anzuzeigen, daß sie mit dem heutigen Tage von ihren Ämtern zurücktreten. Gemäß Artikel 59 Absatz 2 der Verfassung werden sie die laufenden Geschäfte bis zur Uebernahme durch neue Minister weiterführen.

Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen
Die Deutschnationalen für eine rein bürgerliche Regierung — Das Zentrum lehnt Regierungsbildung mit den Deutschnationalen ab

Aus Berlin wird unterm 10. März berichtet: In der Besprechung der drei alten Koalitionsparteien des preussischen Landtags, die in der Frage der Regierungsbildung keine Entscheidung brachte, waren die Sozialdemokraten durch die Abgeordneten Stiering, Lindberg und Heilmann vertreten, die Demokraten durch die Abgeordneten Dominicus, Busch und Gronowski. Der „Vorwärts“ teilt das negative Ergebnis der Besprechungen in folgender Form mit:

Es wurde festgestellt, daß vorläufig eine Einigung über die Regierungsbildung nicht in Aussicht stehe. Der Landtag werde sich darauf beschränken müssen, sein Präsidium zu wählen und die Frage der Regierungsbildung bis nach Etern zu vertagen. Inzwischen müßten die bisherigen Minister und parlamentarischen Staatssekretäre ihre Ämter fortführen. Zugleich seien die bisherigen Koalitionsparteien bereit, in die Verhandlungen über die Regierungsbildung mit anderen Parteien einzutreten. Während der Beratung des interfraktionellen Ausschusses hielt auch die Deutsche Volkspartei eine Fraktionssitzung ab. Einmütig über den etwaigen Eintritt in die Regierung wurde jedoch nicht erörtert.

In der Kreise der Rechten wird eine bürgerliche Koalition mit Einfluß der Deutschnationalen bereits als die einzige Lösung der Frage der Regierungsbildung bezeichnet und man stützt sich dabei gerade auf den Beschluß der Sozialdemokraten, der einer bürgerlichen Minderheitsregierung, wie sie im Reich besteht, scharfe Opposition angekündigt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem Ordnungsrégiment, das jetzt gebildet werden müsse, und das aus dem Willen des preussischen Volkes entspreche, wie er am 20. Februar zum Ausdruck gekommen sei, und sucht dem Zentrum das Zusammengehen mit der äußersten Rechten durch Hinweis auf die „atheistische Sozialdemokratie“ und das angebliche christliche Ideal der Deutschnationalen schmackhaft zu machen. Auf diese Vorschläge hat bereits die „Germania“ eine Antwort erteilt, die deutlich genug erkennen ließ, daß das Zentrum für eine Verbindung mit den Deutschnationalen nicht zu haben sein wird. Ebenso energisch betont die offiziöse Zentrumspartei, daß das Zentrum für eine einmütige Wählung der Zentrumspartei, die an Stelle der alten, nummehr zu schwachen Koalition aus vaterländischen Rücksichten eine neue Koalition aus drei alten Parteien unter Einziehung der Deutschen Volkspartei zu bilden sei.

Palata-Bericht vom 11. März

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 9.40 Cts. Auszahlung Holland notierte 21.60 M per 100. Auszahlung Schweiz notierte 10.65 M per 100. Fr. Auszahlung England notierte 216 1/2 M per 100. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4.40 M per 100. Fr. Auszahlung Rumport 63.20 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 11. März 1921
Vorwiegend heitere Witterung bis Samstag nacht; heiter und mild, nachts Frost, tags mild; leichte östliche Winde.

Wasserverband des Rheins

Schiffersinsel 15 Zim., gef. 8 Zim., Kehl 118 Zim., gef. 1. Maxau 260 Zim., gef. 1 Zim., Mannheim 152 Zim., gef. 3 Zim.

Kofferfabrik
Eduard Müller
Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165
Damenhandtaschen — Besuchtaschen
Geldchektaschen — Brieftaschen.
Große Auswahl. Billige Preise.
Reisekoffer aus Leder und Segeltuch.
Eigenes Fabrikat. Reparaturwerkst.

FRIEDRICHSHOF
JEDEN SAMSTAG UND SONNTAG ABEND
KÜNSTLER-KONZERT.

Durlacher Anzeigen.
Kondenzmilch.
Der Restbestand unserer sterilisierten Vollmilch wird zum Preis von 7.50 M die Fäße abgegeben. Süssige Geschäfte können ihren Bedarf von uns erhalten.
Durlach, den 10. März 1921.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Mieterklubverein Durlach.
Samstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im „Schwanen“
Mitglieder-Versammlung.
Wegen wichtiger Tagesordnung päpstliches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Baden-Baden.
In der Bekannmachung der vom 1. 3. 21 an gültigen Straßenbahnfahrpreise (Vollpreis 1.20 M) ist ein Druckfehler enthalten. Der Preis der Wochenkarten für 12 Fahrten und mehr als 3 Teilstrecken beträgt nicht 8. M., wie veröffentlicht, sondern 8.50 M.

Bruchsaler Anzeigen.
Die Abgabe der Anzüge und Hüte wird fortgesetzt am Samstag den 12. und eventuell auch am Montag, den 14. d. M., jeweils von nachm. 1 Uhr an.
Bruchsal, den 10. März 1921.
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, den 10. März 1921, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Schwanen, Schwanenstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 11337 bis Nr. 12650 gegen Verzinsung statt. — Des Versteigerungslokal wird eine halbe Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.
590

Die Kasse bleibt am Versteigerungstage geschlossen.
Karlsruhe, 24. Febr. 1921.
Städt. Pfandleihkasse.

Gruppireifen
prima Qualität für Kinderwagen
Krankswagen
Aufsitzen derselben nach bestem Verfahren.
Ersatzräder
in allen Größen, sowie alle Ersatzteile
Vorzugsanfrage zc. Versand nach auswärts. Katalog u. reelle Bedienung.
H. Brändl, Karlsruhe, Kreuzstraße 7, Hof, Ecke Kaiserstraße, 21. 9.
Gummiverleiung.
Werkstätte f. Kinderwagen.

Neue 2874
Röhreneinrichtungen
Bleibt, Erdgas, Tisch, 2 Hörter, eichen, blüch od. weißlackiert für 985 M. zu verkaufen 2. Graf, Rappurterstr. 24 a. St.
Benzing, Luffenstr. 34, St. 2

Kartenausgabe
am Samstag, den 12. März, von 8-12 Uhr vormittags an die Buchhändler V bis einschließlich 7.
Nachmittags findet keine Kartenausgabe statt.
Am Sonntag, den 14. März 1921, Kartenausgabe an diejenigen Verfügungsberechtigten, die veranlagt haben, ihre Karten rechtzeitig abzuholen.
592
Bruchsal, den 11. März 1921.
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Brennholz-Verteilung.
Im der Holzknappheit zu fliehen, beschließt die Stadt, bei genügender Bestellung Bürgern Brennholz von auswärts kommen zu lassen. Die Respektanten werden ersucht, sich auf dem Büro der Stadt, Holzverteilungsstelle vom 11. 3. 21 bis 20. 3. 21 einzutragen zu lassen. Mit der Eintragung in die Liste müssen sich die betr. verpflichten, das bestellte Quantum bei Ankunft sofort abzuholen. Der Preis wird auf 140-160 M pro Ster zu setzen kommen.
602
Bruchsal, den 11. März 1921.
Stadt, Holzverteilungsstelle.

Billige Schuhwaren!
Kinder-Schnürstiefel, solide Qualität
Größe 27-30 **69.75** Größe 31-35 **79.75**

Damen-Spangenschuhe moderne Form, kurzes Blatt Mk. 79.50	Damen-Hochschal-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe Mk. 138.50	Elegante Herren-Schnürstiefel gute Ausföhrung, breite Formen Mk. 128.50	Braune Herren-Schnürstiefel moderne breite Formen Mk. 198.50
Damen-Schnür-Halbschuhe mit und ohne Lackkappe nur Mk. 79.50	Konfirmanten-Mädchenknüppelstiefel mit Lackkappe Größe 30-39 Mk. 98.50	Frauen-Feld-Halbschuhe solide Qualität Mk. 79.50	Weibe Kinder-Schnürstiefel 27-30 58.50 31-35 68.50
Rindbox-Herrenstiefel Lederausföhrung Mk. 125.00	Herrenstiefel , breite Form, Derbyschnitt Mk. 89.00	Fussball-Stiefel in grosser Auswahl. Alleinverkauf der weltbekannten Marke „Mercedes“.	

Schuhhaus R. Danger
Beachten Sie bitte meine Schaufenster **Kaiserstr. 161, Ecke Ritterstr.** Beachten Sie bitte meine Schaufenster 3137

Regulateur
(1a. Anstands-Uhr) zu verkaufen.
Benzing, Luffenstr. 34, St. 2

Dinstatter Anzeigen.
Lebensmittel-Verteilung
für die Zeit vom 11. bis 17. März 1921.
1. Auslandsbutter: bei Hrl. Walter, im freien Verlebe d. 3 Pfund zu 23.—.
2. Kalbsfleisch: im freien Verlebe in unseren 3 Verkaufsstellen zu 10.50 das Pfund.
3. Schweinefleisch: ebenfalls fest zu 12 das Pfund.
4. Kond. Milch: im freien Verlebe mit feiner. 16 Monas, den 14. d. M. wird als Sonderausgabe verkauft:
5. Amerik. Weiz. Mehl: Kopffell 1/2 Pfund gegen Abgabe der Zeitarhe Nr. 3. Preis per Pfd. 4.20 in der Verkaufsstelle H. Klump, Herrenstraße.
6. Rindergerichtenmehl: In den Verkaufsstellen: Karl Jittel, Karl Ritter, Wilhelm Mies.
H. Oberländer kommt ein kleines Quantum Rindergerichtenmehl in 1/2-Pfundpacketen zum Preise von 2.40 das Paket frei zum Verkauf.
Die Kolonialwarengeschäfte werden ersucht, die teilweise überlassenen Grieß- und Ruder-

fäße am nächsten Mittwoch, den 18. März auf unser Lager, Industrieztr. 4, zurückzubringen.
7. Die Umschreibung in den Anwesenlisten ist auf 1. April 1921 allgemein freigelegt. Anträge sind in der Zeit vom 15. bis 22. d. M. schriftlich beim Kommunalverband oder mündlich in Zimmer 18 anzubringen.
8. Die Zulagen für werdende und stillende Mütter werden am Dienstag, 15. d. M., im Rathausamt nachm. von 3-6 Uhr ausbezahlt. Sonderfarte und Protokolle vorzeigen. Nachforderungen kann nicht entgegen genommen werden.
Kastatt, den 10. März 1921.
Kommunal-Verband Kastatt-Stadt.
Verwendung von Buchhängen betz. Wir machen darauf aufmerksam, daß es verboten ist, nicht geföhrte Öenigte zur Bedeckung von Säulen zu verwenden, welche nicht dem Eigentümer des Gengites gehören. Im Zweifelsfall wird gegen die Verleber strafrechtlich vorgegangen.
Kastatt, den 2. März 1921.
Der Bürgermeisteramt.

Arbeiter! Werbet für den „Vollstreund“.

Rechte Nachrichten

Keine Ueberrichten mehr im Ruhrbergbau
 Berlin, 11. März. (Privat.) Wie die Blätter aus Essen melden, sind die Verhandlungen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im rheinisch-westfälischen Bergbau und den Besondereinrichtungen wegen Verlängerung des Schlichtungsmessens gescheitert.

Bohottandrohungen der Hamburger Handelskammer

Berlin, 10. März. (Privat.) Nach einer Meldung aus Altona hat die Handelskammer aufgrund eines Beschlusses der Hamburger Import- und Exportfirmen einstimmig beschlossen, allen Versendungen von Waren zu empfangen, vom Bezugs- und Kauf englischer, französischer und belgischer Waren vollständig Abstand zu nehmen, solange die Entente Länder das deutsche Wirtschaftsleben durch Gewalttaten verunruhigen wollen.

Ob ein solcher Boykott für Deutschland von Vorteil sein wird, magen wir ernstlich zu bezweifeln. Wenn auf der Gegenseite mit gleichen Maßregeln geantwortet wird, werden wir den Schaden haben.

Gewalttaten der Franzosen gegen die Ober-schlesier

WTB. Berlin, 10. März. Nachrichten aus Duisburg zufolge erschauern die französischen Besatzungsbehörden in den neu besetzten Gebieten, besonders in Duisburg, die Tätigkeit der Besatzungsverbände heimtücklicher Ober-schlesier. Die Wägen und die Aus-unstischen sind von den Franzosen aufgehoben worden. Auch die Fahrt zur Abkündigung wird von den Franzosen gehindert. Die Reichsregierung hat sowohl bei der interalliierten Kommission in Copenaggen als auch in Paris über das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden Protest erhoben.

Die Besatzung für das in Waffen starrende Frankreich sind diese Gewalttaten, begangen an wehrlosem Bevölkerung. Aber sicherlich kommen sich die französischen Offiziere als Morddämonen dabei vor.

Polen rüstet — 17 neue Garnisonen

WTB. Berlin, 11. März. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Warschau: Der Kriegsminister nimmt der Eröffnung von 17 neuen Garnisonen in Polen zu 14 befinden sich in unmittelbarer Nähe der oberschlesischen Grenze.

Oesterreich und die Gewalttate der Entente gegen Deutschland

WTB. Wien, 10. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Nationalrates sagte Präsident Weiskirchner u. a.: Die in den letzten Tagen aus London und Berlin eingegangenen Nachrichten haben uns tief erschüttert, denn sie enthalten eine schwere Verschärfung der wirtschaftlichen Weltkrise und der mit ihr zusammenhängenden sozialen Kämpfe. Es gibt niemanden unter uns, der nicht den bestimmten Eindruck hätte, daß das deutsche Volk im vollen Ernst und in aller Aufrichtigkeit sich entschlossen habe, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen und zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit beizutragen. Es ist ein Verhängnis und ein unerwünschtes Unglück nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Welt, daß dieser Wille des deutschen Volkes in London nicht anerkannt, und daß das Mißtrauen und die Vorurteile noch nicht überwunden sind, zur tiefsten Trauer aller wirklichen Friedensfreunde. Mit der Kundgebung brüderlicher Teilnahme für unsere schwergeprüften Volksgenossen verbinde ich die Hoffnung, daß doch noch ein Weg zu einem Einverständnis zwischen Deutschland und der Entente gefunden werden wird.

Reichspräsident Ebert bei den abreisenden Ober-schlesiern

WTB. Berlin, 10. März. Zum Abschied von den Ober-schlesiern, die heute nachmittag die Reise zur Volksabstimmung im Sonderzuge angetreten haben, war Reichspräsident Ebert und der preussische Ministerpräsident Brauns auf dem Götlicher Bahnhof anwesend. Der Reichspräsident Ebert, stimmlich begrüßt, hielt dabei eine Ansprache, in der er sagte: Sie wollen durch die Abgabe Ihrer Stimmzettel bezeugen, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. In den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes müssen wir alle zusammenstehen. Gemeinsam müssen wir uns aus der Not der Zeit herausarbeiten und eine bessere Zukunft erkämpfen. Diese Jünger, bitte ich Sie, auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Sehen Sie auch dort ihr Bestes ein. Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland.

Neue Bestimmungen in der Kartoffelbewirtschaftung

WTB. Berlin, 11. März. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat für den 1. Juli 1921 die Aufhebung der Reichskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, und das Aufheben einer Reihe auf dem Gebiete der Kartoffelbewirtschaftung noch in Geltung befindlichen Verordnungen bestimmt. Die Aufhebung der Reichskartoffelstelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H., ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung für den gleichen Zeitpunkt festgesetzt worden. Von Beginn der Frühkartoffelernte an wird hiernach der Bereich der Kartoffeln im Inlande von jeder reichsrechtlichen Regelung frei sein. Die Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln muß dagegen von der Erteilung einer besonderen Genehmigung abhängig sein. Gleichzeitig ist auch die Bewirtschaftung der Kartoffelrodren und Kartoffelstärkeerzeugnisse mit Wirkung vom 30. 8. 1921 wieder aufgehoben worden. Inwieweit eine Einschränkung der Bearbeitung von Kartoffeln in gewerblichen Betrieben erforderlich sein wird, kann kurzzeitig noch nicht übersehen werden.

Zur Ermordung des spanischen Minister-präsidenten

WTB. Madrid, 10. März. Nach einer Meldung wurden infolge des geistigen Morbanschlags gegen Dato bereits etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Sozialisten und Sozialisten, darunter auch bekannte Journalisten. Nachrichten aus der Provinz lassen erkennen, daß der Anschlag gegen Dato allgemeine Bestürzung und Empörung ausgelöst hat.

Briefkasten der Redaktion.

L. H. S. Koste ist Oberpräsident der Provinz Hannover. S. 42. In diesem Falle liegt keine Verletzung vor, da es sich um einen öffentlichen Platz handelt.
 Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Heulleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Fietz; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Deffer's Backpulver

das altbewährte



Erklärung.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft badischer Minder e. G. m. b. H. in Karlsruhe gibt hiermit bekannt, daß sie keinerlei Kaufverträge angeht hat. 3148
 Aufträge für Waren- und Rohwaren sind uns sehr erwünscht und wir bitten, dieselben bei unseren Vertretern oder direkt in unserem Büro Schloßbezirk 10 in Karlsruhe abzugeben. Unsere Vertreter sind:
 für das Unterland: Kriegsbücher Herr Karl Friedrich, F. B. 2, Mannheim.
 für Mittelbaden: Kriegsbücher Herr W. Ross, Karlsruhe, Bismarckstraße 6.
 für das Oberland: Kriegsbücher Herr Lambert Winter, Freiburg i. B., Zähringerstraße 131.

Berordnung.

Anbau von Tabak im Jahre 1921.
 Auf Grund der §§ 12 ff. der Bekanntmachung des Reichsanzeigers über die Errichtung von Kreisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1915, 5. Juni und 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzblatt 1915 Seite 607 und 728, 1916 Seite 439 und 673) wird mit sofortiger Wirkung verordnet, was folgt:
 § 1. Der Anbau von Tabak ist im Jahre 1921 nur den Landwirten gestattet, die im Jahre 1916 oder auf Grund einer inzwischen erteilten Ausnahmegenehmigung in den folgenden Jahren Tabak gepflanzt haben und in der Folge sich und ihre Wirtschaftsgenossen aus den Erträgen ihres Betriebes mit Brotgetreide und Kartoffeln selbst zu versorgen und das erforderliche Saatgut zu ziehen.
 Wer hiernach zum Anbau von Tabak berechtigt ist, darf im Jahre 1921 keine größere Fläche als im Jahre 1916 mit Tabak bebauen, es sei denn, daß ihm in den folgenden Jahren eine Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.
 § 2. Der Tabak anbauen will, hat dies dem Bürgermeisterrat unter Angabe der Größe der vorzusehenden Fläche anzuzeigen. Das Bürgermeisterrat gibt die Anzeigen an das Bezirksamt weiter. Dieses stellt bei der Steuerbehörde fest, welche Fläche der Angezeigte im Jahre 1916 oder auf Grund der inzwischen erteilten Ausnahmegenehmigung in den folgenden Jahren mit Tabak bebaut hatte, und trifft hiernach die etwa erforderlichen Maßnahmen.
 § 3. Der Tabak anbauen, hat keinen Anspruch auf Versorgung mit Brotgetreide durch den Kommunalverband.
 § 4. Der Bezirksrat kann Ausnahmen von den Bestimmungen des § 1 dieser Verordnung zulassen. Gesuche um Ausnahmegenehmigung sind bis 15. März 1921 dem Bezirksamt einzureichen.
 § 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.
 Karlsruhe, den 7. Februar 1921.
 Ministerium des Innern.
 Kemmel.

Spanische Weinhalle Gutenberg
 Gutenbergplatz Weststadtmarkt

Eröffnung

Samstag, den 12. März 1921
 nachmittags 4 Uhr

Großes Schlachtfest. Ab 7 Uhr Konzert.

Ludwig Ohmer.

Die Annahme der unfallversicherungspflichtigen Betriebe.

Nach Mitteilung des Vorstandes der städtischen Bauwerks-Vereinsgenossenschaft haben deren Beauftragte anlässlich der von ihnen angeführten Revisionen häufig festgestellt, daß Unternehmer, die zum Teil schon seit geraumer Zeit Bauarbeiten verrichten oder verrichten lassen, ihre Betriebe nicht vorchriftsmäßig zur Unfallversicherung angemeldet haben.

Wir sehen uns daher veranlaßt, darauf hinzuwirken, daß alle Bauwerkstätten (Maurer, Zimmerleute, Steinhaue, Gipser, Linder, Kleider, Taugelner, Installateure, Topfgerie etc.), mögen sie für sich allein als Kleinmeister arbeiten oder als Unternehmer mit Gehilfen Bauarbeiten, wenn auch für noch so kurze Zeit, ausführen, verpflichtet sind, längstens binnen einer Woche den Betrieb bei der unterzeichneten Behörde anzumelden. Derselbe Verpflichtung liegt auch denjenigen Unternehmern ob, welche infolge Einstellung des Betriebs oder aus sonstigen Gründen im Januar der Vereinsgenossenschaft gelöscht wurden, sobald sie wieder versicherungspflichtige längere Bauarbeiten übernehmen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß für Bauarbeiten, welche ohne Uebersetzung an einen gewerkschaftlichen Unternehmer unter Beschaffung der Materialien vom Bauherrn selbst durch direkt im Tagelohn oder Akkord angestellte Arbeiter ausgeführt werden (Regiebauten), längstens binnen drei Tagen nach Ablauf eines jeden Kalendermonats dem Bürgermeisterrat, in der Stadt Karlsruhe dem Bezirksamt, Nachweisungen gemäß Par. 799, 800 und 801 Reichs-Gesetz-Ordnung vorzulegen sind. Der Vereinsgenossenschaftsvorstand kann wegen Nichtbefolgung dieser Vorschriften nach Par. 808 und 809 Reichs-Gesetz-Ordnung Ordnungsstrafe bis zu 500 M, bzw. wenn die Nachweisungen unrichtige, tatsächliche Angaben enthalten, Ordnungsstrafen bis zu 500 M erkennen.

Schließlich bringen wir in Erinnerung, daß die von der Vereinsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften an jeden Bauherrn, in jeder Werkstatt und auf jedem Arbeitsplatz an einem leicht zugänglichen, in die Augen springenden Ort in Klartext ausgedrückt und die Arbeiter zur strengen Befolgung dieser Vorschriften angehalten werden müssen; die Betriebsunternehmer sind außerdem verpflichtet, für adäquate, unentgeltliche Leitung und Uebersicht der Bauausführungen Sorge zu tragen, damit Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden. Es liegt dies im eigenem Interesse der Mitglieder, weil mit der Verminderung der Unfälle die Verringerung der an die Vereinsgenossenschaft zu zahlenden Beiträge Hand in Hand geht.
 Karlsruhe, den 4. März 1921. 598
 Bezirksamt — Versicherungsamt. O. 3. 87.

Berordnung.

Anbau von Topinamburs.
 Einziger Paragraph.
 Die Neuanpflanzung von Topinamburs ist verboten. Im Jahre 1921 dürfen nur diejenigen Grundstücke, die bereits im Jahre 1918 mit Topinamburs bebaut waren, weiterhin mit solchen bebaut werden. 599
 Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.
 Karlsruhe, den 7. Februar 1921.
 Ministerium des Innern.
 Kemmel.

Bogen des Rechnungsabchlusses am 31. März ds. Jrs.

Wir ersuchen wir um baldige Einreichung der Rechnungen für sämtliche Arbeiten und Lieferungen bei den zuständigen Stellen.
 Karlsruhe, den 7. März 1921. 598
 Das Bürgermeisterrat.

Fleisch-, Wurst- u. Eis-Lieferung.

Die Lieferung des Bedarfs an Fleisch, Wurstwaren und Eis für das städt. Krankenhaus ist für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 zu vergeben.
 Angebote sind verpackt mit entsprechender Aufschrift versehen bis höchstens
Samstag, den 19. März 1921, vorm. 9 Uhr
 bei uns, Poststr. 6, einzureichen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.
 Städtisches Krankenhaus Karlsruhe. 597

Zur Wolfartsweiser suchen wir auf 1. April.

Zeitungs-träger(in)
 Bewerber wollen sich bei Herrn Josef Reich melden.
 Verlag des Volksfreund.

Kathol. Kirchensteuer.

Um Wohnungen zu vermeiden, erinnern wir noch einmal an die Zahlung der laufenden Steuer.
 Kathol. Kirchensteuerkasse
 Ständehausstraße 1.
 Kassensunden: 8-1 Uhr vorm.

Pieg- u. Sighwagen

klapp. mit Dach, Preis 300 RM, zu verkaufen, aus Waldhornstr. 32, III. 1.
Kinder-Piegwagen
 ebenfalls evtl. somit gute Kinder- u. Radwagen zu verkaufen.
 Kaiser, Kaiserallee 10.

Franz Leuß

Kreuzstr. 10 - Tel. 110.
 Buchbinder
 Buchbinder
 Kleber nach alte und
 schlagigen Arbeiten.
 Eisenarbeiten L. 1. Strauß

Pfannkuch & Co.
Zur
Confirmation
Flaschenwein
rot:
Zeller
1/2 Flasche
17.40
Kaiserstübler
1/2 Flasche
14.40
Eiswein
1/2 Flasche
12.—
weiß:
Orienberger
1/2 Flasche
14.40
einschl. Steuer
Flaschen werden
mit 60 Pfg. be-
rechnet und ebenso
zurückgenommen.
Schaumwein.

Pfannkuch & Co.
Zu verkaufen:
**Schuhmacher-
maschine**
starke Nähmaschine
sowie 3095
Strickmaschine
anzusehen bei
Wernecke
Luisenstraße 29, Hof.

Pfannkuch & Co.
Zur
Confirmation
**Suppen-
Einlagen**
weißer
Mais-Grieß
Pfund
3.50
gelber
Mais-Grieß
Pfund
3.—
**Sternchen
Hörnchen**
Bruch-
maccaronen
Pfund
9.—
Grapen
Pfund
2.60
**Floden-
Lapoca**
(feinster Sago)
Pfund
3.50
Hosierfloden
Pfund
3.—

Frühjahr
1921
Neuheiten
in
Damen-Hüten
L. Weingand
Mühlburg, Philippstraße 1
Haltestelle der Strassenbahn.
Umarbeiten älterer Hüte auf neueste Formen.

V. W. A.

**Öffentliche
Versammlung**

aller in Handel, Industrie und Büro tätigen
weiblichen Angestellten
am Samstag, den 12. März, abends 8 Uhr,
im Saale zu den „Dier Jahreszeiten“
Präsidentin Gertrud Strauß, Berlin. Vorsitzende unseres
Hauptstadtschulles, wird sprechen:

**Der Kampf der Frau
im wirtschaftlichen Leben.**

Eintritt 60 Pfg. einschließlich Steuer.
**Verband der weiblichen Handels-
und Büroangestellten, Sitz Berlin**
Drittgemeinschaft Karlsruhe. 3133

Samen in Fachhandl.
Ludwig Allinger
Kornsorten, in Kornhölz, Karl-Viktors-Str. 33, Porsitz 114

Freitag, den 11. März 1921
Landestheater **Konzerthaus**
Martha **Volksbühne M 3**
7 bis nach 10 Uhr. Die Sittzen der Gesellschaft
Mk. 17.— 7—9 1/2 Uhr

Im Landestheater. **Spielplan v. 12. b. 21. März.**
7 (12.—). — So. 13. Meister Guido. 7 (20.—). —
Mo. 14. Volksbühne J 7 Der Evangelistmann.
7 (17.—). — nur Stehplätze vorhanden. — 31. 16.
*Schülermiete A 4 Iphigenie auf Tauris (Schaus-
spiel) 7 (12.—). — Do. 17. zum erstenmal: „Ihre
Hohheit die Tänzerin. Operette in 3 Akten von
Oskar Felix und Rich Barb. Musik v. Walter
W. Goetze 7 (17.—). — Fr. 18. *Der Troubadour
7 (17.—). — Sa. 19. *Madame Legros. 7 (14.40). —
So. 20. Richardis 6 1/2 (20.—). — Mo. 21. Volks-
bühne J 8 Der Evangelistmann 7 (17.—). —
nur Stehplätze vorhanden.
Im Konzerthaus. So. 13. *Alt Heidelberg 7 (11.—).
Die 15. Volksbühne M 1 Die
Stützen der Gesellschaft 7.— Fr. 18. Volksbühne
M 5 Die Stützen der Gesellschaft 7.— So. 20.
*Minna von Barnhelm 7 (11).
Umtausch der Vorzugskarten und Vor-
kaufsrecht der inhaber von Vorzugskarten
am Samstag den 12. März, nachm. 4—5 Uhr,
allgemeiner Verkauf von Montag den 14. März an.

Günstiges Angebot
Ein Posten 140 cm breit, blau **Cheviot**
f. Herrenanzüge, p. Mtr. # 60.—
150 cm br. **grün Loden** f. Herren-
anzüge, per Mtr. # 30.— 60.—
130 cm breite, gestr. u. geblumte
weiße **Bettmatten**, per Mtr.
30.50
Hendestolle, p. Mtr. # 12.80
Schürzenzeuge, p. Mtr. 17.20
Größere Posten **Schlat- und Jacquard-
decken, Kamelhaardecken.**
Lohnend für Wiederverkäufer.
Arthur BAER
Kaiserstraße 133 3128
Eingang Kreuzstraße, 1 Treppe hoch.

WELT-KINO Kaiserstr. 133.
Heute und folgend. Tage! — Neu! — Erstaufführung! — Neu!
Harry Piel
Das Gefängnis auf dem Meeresgrunde.
Sensations-Detektiv- u. Abenteuer-Schlager in 6 Akten.

Homöopathie / Kombiniert rationelles / Spezialbehandlung alter
Naturheilkunde / Hellverfahren / chronischer langjähriger
Karl Teschke, Karlsruhe, Karl Wilhelmstr. 26, 1 Treppe.
Haltestelle der Elektrischen: Parkstrasse, Linie 4.
Sprechstunden: Werktags 9—1 und 3—5 Uhr.
Epilepsie, Herz-, Nerven-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Lungen-
leiden, Gicht, Rheumatismus, Flechten, offene Füße, alle Kinder-
krankheiten, Gallensteine, Hämorrhoiden, Frauenleiden, Kröpfe, Po-
lypen- u. Magengeschwüre ohne Operation, Haut- u. Geschlechtsleiden.

Schreiben Sie schlecht,
dann verbess. Sie doch
ihre Handschrift
durch den bekannten
Spezialisten **F. Buck,**
Karlsruhe, Lessing-
str. 78. (Honorar 35 M.).
Tages- u. Abendkurse
Deutsch, Latein, Rund-
schrift. — (Anwärter
brieflich!) 3108

**Organisation ehem. Krieger-
teilnehmer**
vor dem 9. November ohne Antrag entlassen.
400 Anzüge noch eingetroffen.
Verkauf:
Freitag, den 11. und Samstag, den 12. März
von morgens 9 Uhr an
im **Städtischen Bekleidungsamt.**
3134 Der Vorstand.

Pfannkuch & Co.
Zur
Confirmation
**Gemüse-
Arbeiten**
Pfund # 8.—
Maccaronie
Grießware
Spa-hetti
Pfund # 9.—
Milchost
Pfund # 4.—
Zwetschgen
Pfund # 5.—
Seigen
Pfund # 6.—

**Öffentliche
Volks-Versammlung.**
Am Sonntag, den 13. März, vormittags
10 Uhr spricht im „Colosseum“
Genosse Schli-Siedt-Stuttgart
vom Haupt-Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes
über:
**Die Entente-Forderungen und ihre
Wirkungen auf das arbeitende Volk.**
Nachmittags 3 Uhr spricht Schli-Siedt im „Grünen
Hof“ in Durlach.
Hierzu ist die Arbeiterkassen freundlich ein-
geladen.
Unabhängige Soz. Partei Karlsruhe. 3152

Durlach.
**Öffentlicher
Aufklärungs-Vortrag.**
Sonntag, den 13. März, abends 7 Uhr,
im Saale „Zur Sonne“, Kronenstraße.
Thema:
**„Ist die Lehre der Bibelforscher:
„Millionen sterben nie“ mehr
in Uebereinstimmung mit Gottes
Wort?? Was brinet uns die Zukunft
nach Gottes Programm?
Falsche Propheten!“**
Glaubige aller Bistungen erheben und hört!
Eintritt zur Bedung der Lutherei Mk. 1.—
Unbemittelte frei!
Der Baderer Bund Karlsruhe. 3155

Speise-Oel.
Ia. Tafelöl Lit. Mk. 21.—, offen.
Ia. Reppöl (Ldwat) Lit. Mk. 19.—, offen.
Delzentrale, Luisenstraße 29.

Zur Confirmation
empfehle ich
**feinen Aufschnitt von nur besten
Thüringer u. bayer. Wurstwaren.**
Garantierte Platten können auf Be-
stellung frei Haus geliefert werden.
Zu Backzwecken billige
gezuckerte Schweizermilch
Dose Mk. 7.50. 3131
W. Nege, Feinkost, Kriensstrasse 3a
Straßenb.-Haltest.: Mendelsohnplatz.

Preis-Abschlag!
Achtung! Arbeiter! Achtung!
Empfehle der gesamten Arbeiterkassen ge-
samt reinen Pfälzer Weizen 1/2 Lit. 3 Mk.
sowie gute Mische, ferner Schweinefleisch
Portion 6 Mt., hausgemachte Leber- und
Griebenwurst 2.80 Mt., Limburger Käse
2.80 Mt., H. Moninger Bier. 3153
Es bittet um lebhaften Zuspruch und emp-
fehle sich hochachtungsvoll
G. v. Daubenberg
„Zur Schrampe“, Durlacherstr. 61

Fohlenfleisch.
Bringe heute wie morgen prima junges Fohlen-
fleisch, sowie junges fettes Pferdeweis zum Verkauf.
Mugartenstraße 49 Durlacherstraße 68
Th. Gramlich, Telefon 5117. 3130

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34, 1 Treppe. 3006
Große Posten Kostümröcke
Einheitspreis Mk. 40.—.

Pfannkuch & Co.
Zur
Confirmation
Schwein
1/2 Flasche
9.—
**Haushalt-
Wein**
1/2 Flasche
8.—
Bordeaux
Wiedoe
1/2 Flasche
15.40
Mala dunkel
1/2 Flasche
26.90
1/2 Flasche
14.40
einschl. Steuer
Flaschen werden
mit 60 Pfg. be-
rechnet und ebenso
zurückgenommen.

Wo kaufe
ich meine astr. Anst. u.
Heberische, Mitter,
Hofen, Weicheng, Mitter
u. in, bei
M. Schap
2186 Kaiserstr. 67
Einn. Waldhornstr.

D. Wans
neue, von 650 Mt. an
H. Köbler, Schützenstr. 23.

Pfannkuch & Co.
Zur
Confirmation
**Gemüse-
Erbsen**
1/2 Dose von
6.50 an
**Schnitt-
bohnen**
1/2 Dose von
6.50 an
**Tomaten-
Purree**
1/2 Dose von
2.50 bis
4.50
**Pflanzige
Zwetschgen**
Mirabellen
Birnen
in Dosen
**Helvetia-
Confituren**
**Ia Bienen-
tonig**
Pfund-Glas
18.—